

aufbau

Das jüdische Magazin

SEIT
1934



Jahr der Extreme

Jüdische Antworten zu Krisen, Kriegen
und Antisemitismus



Europa.....€ 8.00
USA.....\$ 9.00

Israel.....NIS 25.00
Schweiz.....CHF 8.00

www.aufbau.eu

120 JAHRE JÜDISCHE MEDIEN JETZT ONLINE

tachles, revue juive und aufbau,
Israelitisches Wochenblatt und Jüdische Rundschau,
jetzt online zugänglich

In Kooperation mit der JM Jüdische Medien AG
hat das Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich
jüdische Zeitschriften digitalisiert und online zugänglich
gemacht. Auf der Plattform «AfZ Online Collections»
finden Sie neben dem jüdischen Wochenmagazin
tachles und revue juive die historischen Verlagsprodukte
aufbau, Jüdische Rundschau und Israelitisches Wochenblatt
sowie weitere jüdische Publikationen aus der Schweiz.
Alle Ausgaben sind im Volltext durchsuchbar.

<https://collections.afz.ethz.ch/>



JM Jüdische Medien AG

Archiv für Zeitgeschichte
ETH zürich

Jahr der Extreme

Von Redaktion

Die alten Herausforderungen Krieg, Krisen und Antisemitismus haben seit dem 7. Oktober eine neue, erschreckende Realität für jüdische Gemeinschaften und Menschen weltweit angenommen. Die vorliegende Ausgabe fasst diese Bedrohungen in den Blick, eröffnet dabei aber auch Hintergründe. Dazu gehört unbedingt eine Untersuchung von AIPAC, dem «American Israel Public Affairs Committee». Wie wurde die 1954 gegründete Organisation ab den 1980er Jahren so einflussreich unter den zahllosen Lobbys in Washington? Unser US-Korrespondent Andreas Mink hat hierzu mit Ron Kampeas von der Jewish Telegraphic Agency einen kenntnisreichen Gesprächspartner gefunden. Kampeas ordnet den Aufstieg von AIPAC nicht zuletzt in das wachsende Selbstbewusstsein amerikanischer Juden seit der Bürgerrechtsbewegung ein: Aus der Gewissheit heraus, selbstverständlich als Amerikaner akzeptiert zu werden, entwickelten jüdische Aktivisten ein effektives Engagement für Israel nicht nur in der amerikanischen Hauptstadt.

Eben diese Selbstverständlichkeit ist seit dem 7. Oktober 2023 einer neuen Ungewissheit gewichen. Gerade in einem der liberalsten Quartiere müssen jüdische Familien nun Hassreden gegen Juden und Israel anhören – dies aus den Zelten pro-palästinensischer Demonstranten an der New York University. Mink hat darüber mit Rabbinerin Diana Fersko gesprochen, deren Village Temple in der Nachbarschaft der NYU unterhalb des Union Square in Manhattan sitzt. Fersko hat Wochen vor dem 7. Oktober mit «We Need to Talk about Antisemitism» ein Buch von mittlerweile tragischer Aktualität vorgelegt.

Lehnt die Reformrabbinerin darin politische Positionen zugunsten einer Betonung der Thora ab, so diskutiert Jerry Fischer

den Rechtsruck in Israel und den USA. Doch der Dokumentarfilmer und ex-Geschäftsführer des Gemeindeverbands im östlichen Connecticut schildert aus eigener Erfahrung zudem die engen persönlichen Bande zwischen amerikanischen und Juden in Israel: Die Hamas-Terroristen hatten Liat Beinon Atzili, die Tochter seines in Israel lebenden Cousins Yehuda Beinon, gefangen genommen und ihren Mann Aviv bei der Verteidigung des Kibbuz Air Oz ermordet.

Mit der israelischen Gesellschaft setzt sich dagegen Dr. Yofi Tirosh auseinander, ein Mitglied der juristischen Fakultät der Universität Tel Aviv und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Shalom-Hartman-Institut. Tirosh untersucht Bestrebungen nach einer immer strikteren Geschlechtertrennung in Israel und identifiziert die treibenden Kräfte dahinter: nicht allein Orthodoxe, sondern auch konservative Muslime. Der Jurist betrachtet diese Anstrengungen als existentielle Gefahr für den jüdischen Staat gerade in einem Moment höchster äußerer Bedrohungen.

Einen Überblick zu jüdischen Gemeinden in Europa bietet Diana Pinto. Aus ihrer profunden Kenntnis der Materie heraus umreißt die Historikerin die dramatischen Folgen des 7. Oktober: Israeli seien «zu bedrohten Juden in ihrem eigenen Land geworden... Israel ist von Feinden umgeben, die viel furchterregender und unerbittlicher sind als die Einzelpersonen und Gruppen, die in ganz Europa antisemitische Anschläge verüben.» So wünscht sich Pinto einerseits von europäischen und amerikanischen Juden mit Sympathien für das Leid der Palästinenser unter israelischer Besatzung ein neues Verständnis für die Gefahrenlage des jüdischen Staates. Aber eine neue Solidarität zwischen der Diaspora und Israel erfordere auch die Anerkennung palästinensischer Rechte.

Inhalt

JÜDISCHE LOBBY

Pflichttermine in «I-I-I»
Andreas Mink 6

DER 7. OKTOBER

Eine tausendfache Tragödie
Jerry Fischer 10

ANALYSE

Gemeinsames Entsetzen,
gleiche Gräben
Diana Pinto 14

JÜDISCHE GEMEINDEN

Rückbesinnung auf das
eigene Volk
Andreas Mink 17

USA UND ISRAEL

Washington als Freund
und Helfer
Andreas Mink 20

KULTURKAMPF

Im Windschatten der Kriege
Yofi Tirosh 23

LITERATUR

Wurzeln in Ružomberok
Andreas Mink 28

PODCAST

Zeitlos aktuell
Yves Kugelman 30

Titelbild: Israels Bevölkerung ist zerrissen zwischen inneren und äußeren Konflikten wie sich bei wöchentlichen Kundgebungen immer wieder zeigt.



JÜDISCHES
MUSEUM
SCHWEIZ

Machen Sie mit!

Das Jüdische Museum sucht:

- Portraits von Menschen, die sich ehrenamtlich in einer jüdischen Gemeinde engagieren.
- Bilder von Brautpaaren, die beim Hora-Tanz auf Stühlen getragen werden.
- Rebbetzine, die von ihrer Arbeit erzählen und porträtiert werden möchten.

Fotos und Kontaktaufnahme:
info@juedisches-museum.ch



Kaddisch auf die Freiheit

Ist das Jahr der Bedrohung die neue Normalität oder die Aufforderung zur Maxime des Handelns? Von Yves Kugelman

Die jüdischen Gemeinschaften stehen weltweit an einer Weggabelung. Wie wollen sie in welche Zukunft schreiten? Der 7. Oktober und alles, was folgte, hat die Entscheidungsdringlichkeit verschärft, aber nicht begründet. An kaum einer Konferenz innerhalb der israelischen oder jüdischen Gesprächswelt fiel nicht irgendwann in den letzten Jahren die Floskel vom «Elefant im Raum». Alle wussten jeweils, was gemeint war, und doch wusste mit der Zeit niemand mehr so genau, was denn. Der Palästina-Konflikt, die Demokratiefrage, die jüdische Säkularisierung, die Spaltungen innerhalb der Gemeinschaften oder jene Kluft zwischen Juden und Jüdinnen innerhalb und ausserhalb Israels, jene zwischen Juden und Juden? Denn der gemeinsame Nenner zwischen Juden und Juden ist durch die letzten Monate nicht kleiner sondern profilierter geworden. Je länger desto mehr, hat sich Israel wie eine Keil zwischen die Fraktionen geworfen und man ist gerne an die Debatten der ersten Zionistenkongresse erinnert, die vielleicht sogar mit ähnlichen Vorzeichen um die jüdische Gegenwart und Zukunft gerungen haben. Die Negation des Unausgesprochenen hat in den letzten Jahren ein innerjüdisches Vakuum begründet, das heute in Zeiten der Krise virulent wird. Die Gemeinschaften haben sich in ihre eigenen Kreise zurückgezogen, verschärfen den Ton, suchen die Konfrontation und führen eine Art homogene Selbstgespräche. All dies mag menschlich, allzu menschlich sein, und doch wird es fatal sein. Denn der Anlass zur Negation bleibt bestehen und schwelgt im Hintergrund, wie ein ignoriertes kleines Leck im Boot. Banalitäten in komplexen Zeiten. Doch wer bringt die Kraft auf, das Schweigen zu durchbrechen, die Themen aufzugreifen und den einst so reflexartigen Schritt in die Zukunft zu wagen? Jüdische Verbände und Organisationen haben in der freien jüdischen Welt den Diskurs zu dominieren und gleichzuschalten begonnen, ebenso wie Israel bis tief in die Gesellschaften einzuwirken begonnen hat. Abhängigkeiten wurden geschaffen und die Freiheit einer Art vorausseilendem Gehorsam ohne Not geopfert. Mit dem 7. Oktober ist dieses Vakuum nicht aufgebrochen, sondern sichtbarer geworden. Antisemitismus gab es davor, verschärft artikulierten Antisemitismus danach. Oder wurde über Nacht alles anders? Hatten alle jahrelang alles nicht oder falsch gesehen oder übersehen? Aber-

millionen sind in jüdische Studien, Reportings, Analysen, in Thinktanks geflossen. Antisemitismus wurde je länger desto mehr zur Raison d'être einer jüdischen organisierten Gemeinschaft, die dann überfordert ist, wenn er unverhofft an die Türe klopft. Jüdische Organisationen und Funktionäre haben Antisemitismus in den Amalekstatus und zum Selbstzweck erhoben und so einer jüdischen Idee zum Durchbruch verholfen, die das Missverständnis von Judentum war. Denn Judentum ist Freiheit, geht nur mit Freiheit, Offenheit und Pluralität, die in den Jahren vor dem 7. Oktober je länger desto mehr nicht von aussen, sondern von innen geopfert wurde – Kategorien, die es eigentlich längst nicht mehr geben sollte. Das bedeutet noch lange nicht, dass der verheerende Terror, die Bedrohung Israels oder der Juden nicht zutiefst real wäre, aber es bedeutet, dass zu viele zu lange unvorbereitet auf die Erfüllung der Angst gewartet haben. All dies mag man verstehen, doch all dies schaffte ein psychisches Ghetto, aus dem kaum mehr herauszufinden ist, weil die Lösungsoptionen klein sind. Der «Elefant im Raum» hat mehr und mehr Raum eingenommen und die Freiheit der Gemeinschaft und die Handlungshoheit eingeschränkt. Und jetzt? Alle wissen, was dringend nötig wäre. Doch wer eröffnet und führt die Diskussion, wenn nicht alles immer jenen überlassen wird, die die Errungenschaften bekämpfen? Wer sind heute die Pioniere der Zukunft, da alles dem Oligarchiat und somit Geldadel unterstellt wird? Wer sind heute die unabhängigen Visionäre, die das Feld nicht irgendwelchen Funktionären mit eigener Agenda überlassen wollen und die intransparente Hinterzimmer Politik durchbrechen? Immer wieder wurde ein Parlament der Jüdinnen und Juden gefordert – was natürlich Unsinn ist. Doch die übergeordnete Idee als solche könnte nicht relevanter und notwendiger sein. Die Idee einer egalitären, offenen Debatte, die endlich das Zeitalter der schweigenden Lämmern, lavierenden Elefanten und weghörenden Affen eine demokratische, aufgeklärte und selbstverantwortliche Gemeinschaft macht, die sich auf alle Chancen, Weichenstellungen und Bedrohungen mit Verstand und Weitsicht einstellt.

Yves Kugelman ist Chefredaktor und Herausgeber der JM Jüdische Medien AG.

Ein Gespräch mit Ron Kampeas von der «Jewish Telegraphic Agency» über den Einfluss und die Verwandlung des «American Israel Public Affairs Committee» (AIPAC) von einer Massenorganisation zu einer direkt in Wahlkämpfen engagierten Lobby. Von *Andreas Mink*

Pflicht-Termine in «I-I-I»

aufbau: Ron Kampeas, Sie arbeiten seit den 1980er Jahren für jüdische Medien in Israel und den USA, wo Sie 2003 die Leitung des Washington-Büros der Jewish Telegraphic Agency (JTA) übernommen haben. Wann haben Sie sich als Journalist erstmals mit AIPAC befasst, dem «American Israel Public Affairs Committee»? Die «offizielle Pro-Israel-Lobby» in den USA wurde 1954 gegründet, gewann aber erst allmählich die heutige Statur als einflussreiche und neuerdings auch direkt politisch aktive Kraft.

Ron Kampeas: Ich habe Ende der 1980er Jahre in Israel gelebt und für die «Jerusalem Post» geschrieben. Zuvor war ich dort bei «The Nation», einem kurzlebigen Magazin, und habe mich mit «jüdischer Macht» auseinandergesetzt. Dabei ging schon damals kein Weg an AIPAC vorbei. Die Organisation war bereits zu einem Modell für jüdische Organisationen etwa in Australien geworden.

Wie erklären Sie diesen Erfolg?

Als ursprüngliches Erfolgsgeheimnis erscheinen mir die Disziplin und die breite Verankerung von AIPAC als «Graswurzelorganisation» in jüdischen Gemeinden landesweit. Das widerspricht diesem Image einer Abhängigkeit von ein paar superreichen Spendern. Diese sind natürlich wichtig. Aber bis zur Covid-Pandemie hat AIPAC alljährlich in Washington eine Konferenz abgehalten.

Die immer mehr Teilnehmer angezogen hat, zuletzt bis zu 18 000 – ein Pflichttermin für Politiker beider Parteien.

Ja, deren Teilnehmerzahl hatte 2003 bereits 3000 erreicht, damals habe ich den Event erstmals gecovert. Das waren enorme Zahlen. Und der Termin war immer so gelegt,

dass die Aktivisten am letzten Tag – stets ein Dienstag, wenn Abgeordnete wieder in der Hauptstadt sind – jedes der 535 Kongressmitglieder besuchen konnten. Und natürlich waren Abgeordnete und Senatoren mit den jeweiligen Besuchern schon bekannt, weil die in deren Heimatbezirken stetig Lobby-Arbeit bei ihnen betreiben. Dabei hatte AIPAC stets ganz konkrete Anliegen – wie etwa die Aufforderung zur Unterstützung der heute bei jährlich vier Milliarden Dollar liegenden Hilfen für Israel, oder bei Resolutionen und Gesetzesentwürfen. Gleichzeitig hat die Organisation nicht direkt mit Spenden in die Politik eingegriffen – wohl aber Gleichgesinnte zur Unterstützung bestimmter Persönlichkeiten aufgerufen. Oder auch nicht.

Das hat sich 2022 mit der Gründung des «United Democracy Project» (UDP) und des «AIPAC PAC» geändert. Diese «Politischen Aktionskomitees» sind Spendenorganisationen, die heuer bis zu 100 Millionen Dollar für Wahlkampagnen präferierter Kandidatinnen und Kandidaten einsetzen wollen.

Ja. Aber lange war AIPAC eine Graswurzel-Lobby-Organisation, die keinen Unterschied zwischen den Parteien gemacht hat. Und Mitglieder unterstützten als «pro-Israel» eingestufte Politiker auch auf lokaler Ebene als freiwillige Wahlhelfer. Dieser Fokus auf Basisarbeit und Loyalität war eine grosse Leistung von Tom Dine, dem Geschäftsführer von 1980 bis 1993. Der hat AIPAC erst zu einer echten Massenorganisation gemacht, die nicht nur in jüdischen Zentren wie New York oder Miami aktiv war, sondern eben landesweit, wo immer es Gemeinden gibt. Dine brachte damit Juden mit Sympathien

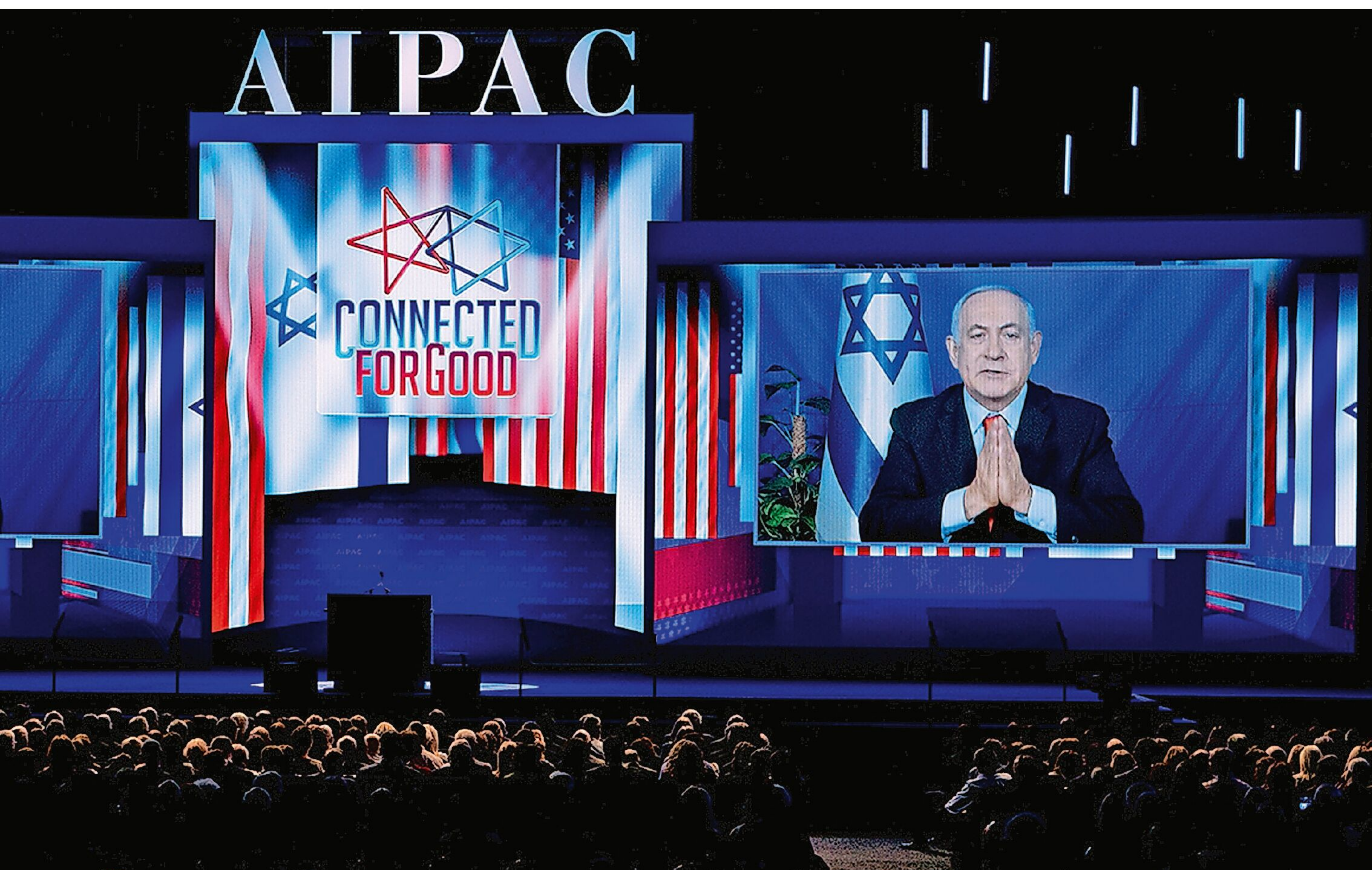


für Israel allerorten in einer Organisation zusammen. So wurde AIPAC Mitte der 1980er Jahre eine Macht, mit der selbst gut etablierte Politiker zu rechnen hatten. Und das auch in Regionen mit kleiner jüdischer Bevölkerung.

Zum Beispiel?

Damals hat der Republikaner Jesse Helms die Hilfen für Israel im Senat abgelehnt. Der Vertreter von North Carolina war ein Ultra-rechter, der heute mit Tucker Carlson vergleichbar wäre. AIPAC hat Anzeigen gegen ihn geschaltet, die Israel nicht erwähnt – aber Helms als Rassisten bezeichnet haben. Die Gruppe warb bei den Vorwahlen 1984 für seinen Konkurrenten, einen Schwarzen. Bei den Hauptwahlen warf der Demokrat Jim Hunt dem Senator vor, «der grösste Feind Israels» in der oberen Kongresskammer zu sein. Helms gewann, aber nur knapp, und politisierte fortan stets auf der Linie von AIPAC. Viele Kongressmitglieder sympathisieren ohnehin mit Israel. Aber Helms war sehr zynisch und hatte nur Respekt vor starken Gegenspielern. Und so lernte er AIPAC fürchten.

Gleichzeitig hat sich AIPAC auf die Realitäten der amerikanischen Politik eingestellt. Denn



im Kongress geben sich Vertreter jeder nur denkbaren Interessenorganisation bei Politikern die Klinke in die Hand.

Genau. Wer in Washington gehört werden will, muss sich gut organisieren und ständig Präsenz zeigen. Und deshalb folgen führende Köpfe wie Präsident Michael Tucin – ein Anwalt aus Los Angeles – oder die Vorstandsvorsitzende Betsy Berns Korn – die im Sportmarketing aktiv ist – dem professionellen Management. Dort ist seit 27 Jahren Howard Kohr federführend, der seine Position Ende Jahr aufgibt. Nachfolger wird der bisherige Stellvertreter Elliot Brandt. Ganz wichtig bei AIPAC ist ein strikter Fokus auf Anliegen der Gruppe beim Lobbying. Wer bei Meetings mit Politikern versucht, persönliche Anliegen – etwa im Umweltschutz – beim Lobbying für die Organisation vorzubringen, hat absolut keine Zukunft bei AIPAC. So wurde der Verband eine Art Club, aus dem man nicht ausgestossen werden will – selbst wenn man sehr reich ist. Das Genie von Howard Kohr liegt so auch darin, dass er sogar den Spendern Furcht vor ihm – und der Organisation – einjagt.

Wie stellt Kohr das an?

Er geniesst einen Ruf als kompetent und zuverlässig – und er hält stets auf die Kernmission von AIPAC, also einer engen Abstimmung

mit der jeweiligen Regierung in Israel. Das wurde etwa 2007 während der Bush-Ära deutlich. Damals drang Aussenministerin Condi Rice auf eine Neubelebung von Friedensverhandlungen, die dann zu der letztlich ergebnislosen Annapolis-Konferenz führten. Rice wollte den Kongress zur Erhöhung der Zahlungen an die Palästinensische Autonomiebehörde von 20 auf 400 Millionen Dollar bewegen, um den neuen PA-Vorsitzenden Mahmoud Abbas verhandlungsbereiter zu stimmen. Gary Ackerman, der damalige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus, hat auf den Wunsch von Rice hin eine entsprechende Resolution verfasst. AIPAC hat den Vorstoss trotz interner Skepsis unterstützt, aber nur auf niedrigstem Niveau. Denn die Olmert-Regierung in Israel war zumindest nicht gegen diese Aufstockung. Dann hat Sheldon Adelson von dem Manöver Wind bekommen.

Der 2021 verstorbene Casino-Mogul und wichtige Spender für konservative, jüdische Anliegen.

Ja. Sheldon war ein grosser Unterstützer von AIPAC. Und er war furchtbar empört über die Haltung der Organisation in der Sache. Aber Howard erklärte ihm: «Nimm dein Geld, wenn dir das nicht passt – wir ändern unsere

Bis zur Covid-Pandemie war die jährliche Konferenz von AIPAC in Washington mit zuletzt über 18 000 Teilnehmern auch ein Pflichttermin für politische Prominenz aus Israel und den USA.

Haltung nicht.» Adelson hat mit AIPAC gebrochen. Aber Kohr hat die Zuverlässigkeit und Nähe der Organisation zu Israel belegt. Er weiss: Wir können in Washington nicht effektiv sein, wenn wir nicht eng mit der jeweiligen Regierung Israels zusammenarbeiten. Der Schlüssel zu wirklichem Einfluss liegt eben darin, dass eine Regierung und Politiker – und hier jene Israels und der USA – bereit sind, sich mit einer Organisation an einen Tisch zu setzen und deren Anliegen aufzunehmen. Jede jüdische Organisation in den USA will, dass die Öffentlichkeit über ihren engen Kontakt zur Regierung in Israel Bescheid weiss.

AIPAC wird zudem nachgesagt, dass deren Einfluss auch auf dem Mangel an einer gut organisierten Opposition beruht.

Das trifft in gewisser Hinsicht zu. Denn mit J Street hat AIPAC seit 15 Jahren zwar Konkurrenz. Aber der Gründer Jeremy Ben-Ami hat damit letztlich auch eine Organisation geschaffen, die es vor allem linken Demokraten – die Netanyahu ablehnen – erlaubt, →

ihre Sympathie für Israel zu bezeugen. Inzwischen spricht J Street offizielle Unterstützungen für die Hälfte der Demokraten im Kongress aus. Aber selbst Progressive nehmen dazu gerne ein «Endorsement» von AIPAC an. Das mag Leser überraschen: Aber ein weiteres Erfolgsgeheimnis der Organisation liegt darin, dass AIPAC die Grenzen der eigenen Macht erkennt. Der Verband hat 2015 mit ganzer Kraft gegen den Iran-Deal der Obama-Regierung gewirkt. Aber nach der Verabschiedung im Senat hat AIPAC dennoch weiter mit Demokraten zusammengearbeitet, die das Abkommen befürwortet hatten, aber ansonsten immer sehr pro-Israel gewesen waren. Und damalige Sprecher von AIPAC haben ihre Ablehnung des JCPOA ausführlich und sachlich begründet.

Lassen Sie uns hier einen Schritt zurück gehen. Denn eigentlich haben amerikanische Juden erst langsam im engeren Sinne «jüdische Anliegen» wie etwa die Holocaust-Erinnerung in der amerikanischen Öffentlichkeit aufgegriffen und betrieben. Dies gipfelte um 2000 in der erfolgreichen Kampagne des Jüdischen Weltkongress und der Jewish Claims Conference für materielle Gerechtigkeit für NS-Sklavenarbeit oder «Holocaust-Konten» bei Schweizer Banken. In den 1930er und 1940er Jahren wollte etwa der Roosevelt-Berater Samuel Rosenman den Eindruck vermeiden, dass Amerika für jüdische Anliegen – also die Rettung der europäischen Juden vor den Nazis – in den Krieg zieht. Sind amerikanische Juden also im Lauf der Zeit selbstbewusster und sich ihres Status als gleichberechtigte Bürger so sicher geworden, dass sie seither «eigene» Anliegen – wie eben die Unterstützung Israels – offen betreiben können?

Das kann man sagen. Vielleicht kennen Sie das berühmte Essay «Concerning the Jews» von Mark Twain aus dem Jahr 1899? Ein jüdischer Anwalt hatte dem Schriftsteller über die damals eskalierende Judenverfolgung im österreichischen Kaiserreich geschrieben. Der berühmte Schriftsteller riet «den Juden» zu mehr Selbstbewusstsein, sie sollten sich politisch organisieren, so wie es die Iren und andere Einwanderergruppen in Metropolen wie Boston oder New York vorexerziert hatten. Twain erwähnte sogar Theodor Herzl. Aber die Entwicklung dahin lief langsam. Einschneidend war dann die Staatsgründung Israels 1948. Nun hatten die bislang «vaterlandslosen» Juden aus Mittel- und Osteuropa ein eigenes Herkunftsland, auf das sie stolz sein konnten, mit dem sie sich identifizieren und um das sie sich sammeln konnten – so wie es Iren, Italiener oder Deutsche immer gehabt hatten.

Und das brachte ein neues Selbstvertrauen?
Ja. Nun gibt es zwar auf der Linken diese Rede, dass Israel die Diaspora dominiert oder schmälert. Aber eigentlich hat Israel die Dia-

spora im Gegenteil gestärkt. Zumindest in den USA hat die Gemeinschaft aus der Existenz Israels erheblich an Selbstbewusstsein gewonnen. Denn jetzt gab es einen jüdischen Staat, der immer wieder erstaunliche Leistungen vollbracht hat. Womöglich ist es problematisch, ein Staatswesen auf diese Weise zu verklären und zu einem spirituellen Anliegen zu machen. Und die Bindung der eigenen Identität an einen anderen Staat bringt natürlich auch vertraute Spannungen. Aber insgesamt hat Israel der «Normalisierung» von Juden in den USA wirklich Vorschub geleistet – sie waren nun Bürger wie Nachkommen von anderen Immigrantengruppen auch. Politisch wurde das im Nordosten durch die Formel «I-I-I» greifbar.

Aha.

Ja, Politiker etwa in New York oder Connecticut mussten fortan Italien, Irland und Israel besuchen, um Respekt vor den Herkunftsländern von Stimmbürger zu demonstrieren. Und nach dem Krieg gaben jüdische Entertainer die Angewohnheit von Vorläufern auf, die der Karriere halber ihre Namen in «Laurien Bacall» oder «John Garfield» geändert hatten. Betty Joan Perske oder Jacob Garfinkle hätten «zu jüdisch» geklungen. Eine Barbra Streisand hielt dies nicht mehr für notwendig. Und dazu hat Israel wirklich beigetragen.

Dies galt jedoch für Demokraten und Republikaner? Denn Sie erklären den Erfolg von AIPAC mit dem guten Verhältnis zu beiden Parteien. Da gab es aber bereits in der Obama-Ära einen Bruch, oder? Denn gleichzeitig nahmen auch die Spannungen zwischen der Obama- und der von Binyamin Netanyahu geführten Regierung in Israel zu.

Das stimmt. Jüdische Organisationen in der Diaspora haben generell die Position, dass sie Israel keine Vorschriften gerade in der Sicherheitspolitik machen können. Schliesslich leben sie weit weg von den Konflikten in der Region. Aber natürlich heisst das noch lange nicht, dass Diaspora-Juden und deren Organisationen immer auf der gleichen Linie mit der jeweiligen Regierung Israels liegen.

Die vor dem 7. Oktober mit den Plänen zu einer «Justizreform» massive Proteste im eigenen Land ausgelöst hat.

Aber AIPAC hat diese Spannung ausgehalten. Das ist gar nicht so leicht. Denn eigentlich ist die Organisation wie ein Handelsvertreter, der hier in den USA eine Ware selbst dann anpreisen und verkaufen muss, wenn er mit dem Produkt selbst gar nicht zufrieden ist. Und obendrein darf der Verkäufer auch keinen Einfluss auf die Produktentwicklung nehmen. Hier sehe ich einen Grund für die Entstehung von J Street als Diaspora-Organisation, die eben nicht unbedingt auf der jeweiligen Linie Israels liegt, sondern aus eige-

nen Überzeugungen heraus auch Kritik üben können will. Das ist für andere Amerikaner ja durchaus üblich.

Inwiefern?

Bürger hier schauen meist auf sämtliche Aspekte der Politik anderer Staaten und kritisieren China vielleicht für die bedrohliche Haltung gegenüber Taiwan – oder sie achten mehr auf die Beschränkung von Bürgerechten im Inneren. In Bezug auf Israel galt bislang jedoch, dass die Aussen- und Sicherheitspolitik immer Vorrang hatte. Amerikanische Juden haben dagegen nur selten auf innenpolitische Vorgänge geachtet. Wenn, dann wurde dort eher Kritik laut. Denn die meisten Juden hier lehnen die Hegemonie der Orthodoxen in der Gesellschaftspolitik ab. So gab es Ende 2011 eine Riesenaufregung, als Ultraorthodoxe in Beit Shemesh nahe Jerusalem ein achtjähriges Mädchen bespion und bedroht haben, weil ihre Kleidung angeblich unzünftig war. Dann durfte eine Wissenschaftlerin einen Preis nicht persönlich annehmen, weil der zuständige Minister strenggläubig war. Solche Geschichten finden enorme Beachtung unter amerikanischen Juden. Diese Empörung über Vorgänge in Israel hat die Zurückhaltung bei der Sicherheitspolitik lange nicht berührt. Aber das hat sich allmählich geändert. Denn fängt man einmal mit Kritik an, dann lässt sich diese Tür kaum mehr schliessen.

Das klingt logisch.

Hier sind Episoden aus dem Jahr 2015 wichtig. Damals ging die Netanyahu-Regierung immer härter gegen Migranten aus Afrika vor. Von Kabinettsmitgliedern wie Miri Regev waren rassistische Parolen zu hören, wie sie seinerzeit auch Donald Trump propagiert hat. Das ging amerikanisch-jüdischen Organisationen zu weit und sie haben das kritisiert. Einschneidender war die Einladung von John Boehner an Netanyahu, vor dem US-Kongress gegen das von Obama betriebene Atomabkommen mit Iran zu sprechen. Der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses hat den Auftritt über Monate insgeheim mit Mitch McConnell im Senat und dem israelischen US-Botschafter Ron Dermer eingefädelt – also weder das Weisse Haus noch die Demokraten im Kongress informiert.

Auch AIPAC wurde im Dunkeln gelassen?

Ja. Netanyahu kam dann am 3. März 2015 und hat das Abkommen als «very bad deal» verurteilt – und das in einem gegenüber Obama herablassenden Ton. Die Rede wurde daher als persönliche Beleidigung des US-Präsidenten und Verrat an einem Verbündeten aufgenommen. Demokraten wie Nancy Pelosi haben das Netanyahu und den Republikanern nie verziehen. Spätestens damit war der Kon-



Ron Kampeas analysiert die jüdische Gemeinschaft in den USA.

sens der Parteien zu Israel vorüber. Netanyahu wurde legitimerweise als Parteigänger der Republikaner betrachtet und damit zu einer Zielscheibe demokratischer Politiker.

Wie hat AIPAC damals reagiert?

Ich habe off-the-record gehört, dass die Organisation wirklich sauer über das Manöver war. Aber sie sind eben enorm diszipliniert und haben das nicht gezeigt, sondern die Rede verteidigt und weiter gegen den Iran-Deal gearbeitet. Im Kongress waren jüngere, schwarze Abgeordnete besonders empört – die empfanden die Töne Boehners und Netanياهو gegenüber Obama als herablassend und rassistisch.

Welche Konsequenzen hatten diese damals aufgebrochenen Risse?

Ich bin mir da nicht sicher. Aber dieser Entschluss zur Einstellung der jährlichen Konferenz in Washington während Covid ging womöglich auch aus der Erwartung hervor, dass dort zunehmend ein Missverhältnis sichtbar werden dürfte: dass also immer weniger Demokraten erscheinen und der Event zu einer republikanischen Veranstaltung wird.

Damit wäre die Selbstdarstellung als «überparteilich» nicht mehr haltbar? Wie Gangs bemerkt, greift AIPAC seit 2022 mit Spendensammeln und gezielten Attacken auf Politiker direkt in das Geschehen ein.

In der Tat. Das ist schon eine tiefgreifende Wende mit offenkundigen Nachteilen. AIPAC wird dadurch ein Ziel für Attacken von links, wie sie etwa Bernie Sanders zu mobilisieren sucht. Wie mir der United-Democracy-Project-Sprecher Patrick Dorton erklärt hat, kam die Organisation aber auch zu der Einsicht, dass «Politik heute sehr schnell abläuft» und Jahreskonferenzen und Massenlobbying einfach nicht mehr zeitgemäss und zu umständlich sind. Heute erscheinen der Organisation direkte Interventionen durch Spenden an Politiker und Kampagnen

gegen als «anti-Israel» eingestufte Kontrahenten als effektiver.

Genau das hat aber die Mobilisierung auf der Linken gegen AIPAC ausgelöst. Das ist bislang nicht sonderlich effektiv. Aber das UDP zieht vor allem gegen linke schwarze Frauen wie Nina Turner in Ohio, Summer Lee in Pennsylvania oder zuletzt Cori Bush in Missouri in den Wahlkampf. Dies meist erfolgreich.

Ich kann momentan nicht abschätzen, wohin dies längerfristig führt. Aber das macht gelegentlich schon einen ziemlich schlechten Eindruck und wirft die Frage auf, ob die Organisation damit Spannungen zwischen Afroamerikanern und der jüdischen Gemeinschaft schafft. Doch gleichzeitig unterstützt das UDP auch weiterhin Politiker beider Parteien, und selbst progressive Demokraten nehmen die öffentliche Unterstützung von AIPAC gerne an. Ich verstehe allerdings nicht, warum das UDP nun selbst etwa in Maryland eingreift und bei Kongresswahlen die Demokratin Sarah Elfreth gegen ihren Parteikollegen Harry Dunn unterstützt hat. Der Afroamerikaner hat sich als Polizist beim Sturm auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021 heldenhaft verhalten – und nie Kritik an Israel geäußert. Das erscheint als überzogen.

Zudem halten die Biden-Regierung und die Mehrheit der Demokraten im Kongress an der Unterstützung Israels im Gaza-Krieg fest. Gleichzeitig sind aussenpolitische Fragen für die meisten Amerikaner letztlich doch zweitrangig. Oder bringt der Gaza-Krieg da doch eine neue Qualität?

Es gibt gewisse Anzeichen dafür. Am Wahlparteitag der Demokraten in Chicago sind die erwarteten Massendemonstrationen gegen das Vorgehen der IDF in Gaza und die amerikanischen Waffenlieferungen an Israel zwar ausgeblieben. Und selbst bei einem Event der «Democratic Socialists of America» war Palästina nicht das dominante

Thema. Viel mehr Aufmerksamkeit fand der persönliche Bericht einer jungen Aktivistin aus Lateinamerika, die panische Angst davor hatte, dass Trump als Präsident ihre Mutter als «Illegale» deportieren würde. Diese jungen Linken waren sich ziemlich einig: «Wir müssen Trump verhindern – alles andere ist zweitrangig». Von daher erwarte ich zumindest kurzfristig keinen tieferen Bruch bei den Demokraten und eine breitere Ablehnung Israels auf der Linken. Womöglich überwinden auch Muslime in Michigan ihre Kritik an Biden und unterstützen ihn doch erneut gegen Trump.

Der womöglich einen neuen «Muslim-Bann» bei der Immigration verhängen könnte?

Ja. Und wenn es doch noch vor den Wahlen im November zu einem Waffenstillstand in Gaza kommt, verliert das Thema wohl an brennender Aktualität. Gleichzeitig gibt es schon Anzeichen für einen Bewusstseinswandel bei arabisch-amerikanischen Gemeinschaften in Michigan und anderswo. Denn es gibt ja weiterhin viele jüdische Spender, für die Israel keine Priorität hat und denen Themen wie das Recht auf Abtreibung näher liegen. Bei Amerikanern arabischer Herkunft oder muslimischen Glaubens fehlte dagegen bislang ein zentrales Thema und das Einwanderungsrecht hatte eine deutlich höhere Priorität als Palästina. Zudem haben diese Bürger bis zur Jahrtausendwende überwiegend republikanisch gewählt – viele sind Freiberufler, Kleinunternehmer oder Geschäftsleute. Das hat sich erst nach 9/11 und dem «Krieg gegen den Terror» des Republikaners George W. Bush gewandelt, der als anti-muslimisch angesehen wurde und Araber als Feinde Amerikas darstellte. Doch mit dem Gaza-Krieg ändert sich das nun. Es bleibt abzuwarten, wohin diese Entwicklung läuft. Spannend könnten die Konsequenzen einer Niederlage Trumps dennoch werden.

Inwiefern?

Dann könnten die Republikaner zu einer Partei nach den Vorstellungen von JD Vance werden. Der lehnt eine Einmischung Amerikas in überseeische Konflikte stärker und prinzipieller ab als Trump.

Und sein guter Freund, der Rechtspopulist Tucker Carlson, kritisiert die «bedingungslose Unterstützung Amerikas» neuerdings immer lauter als «unverständlich».

Ja. Von daher droht der israelfreundlichen Gemeinschaft in den USA womöglich neues Ungemach.

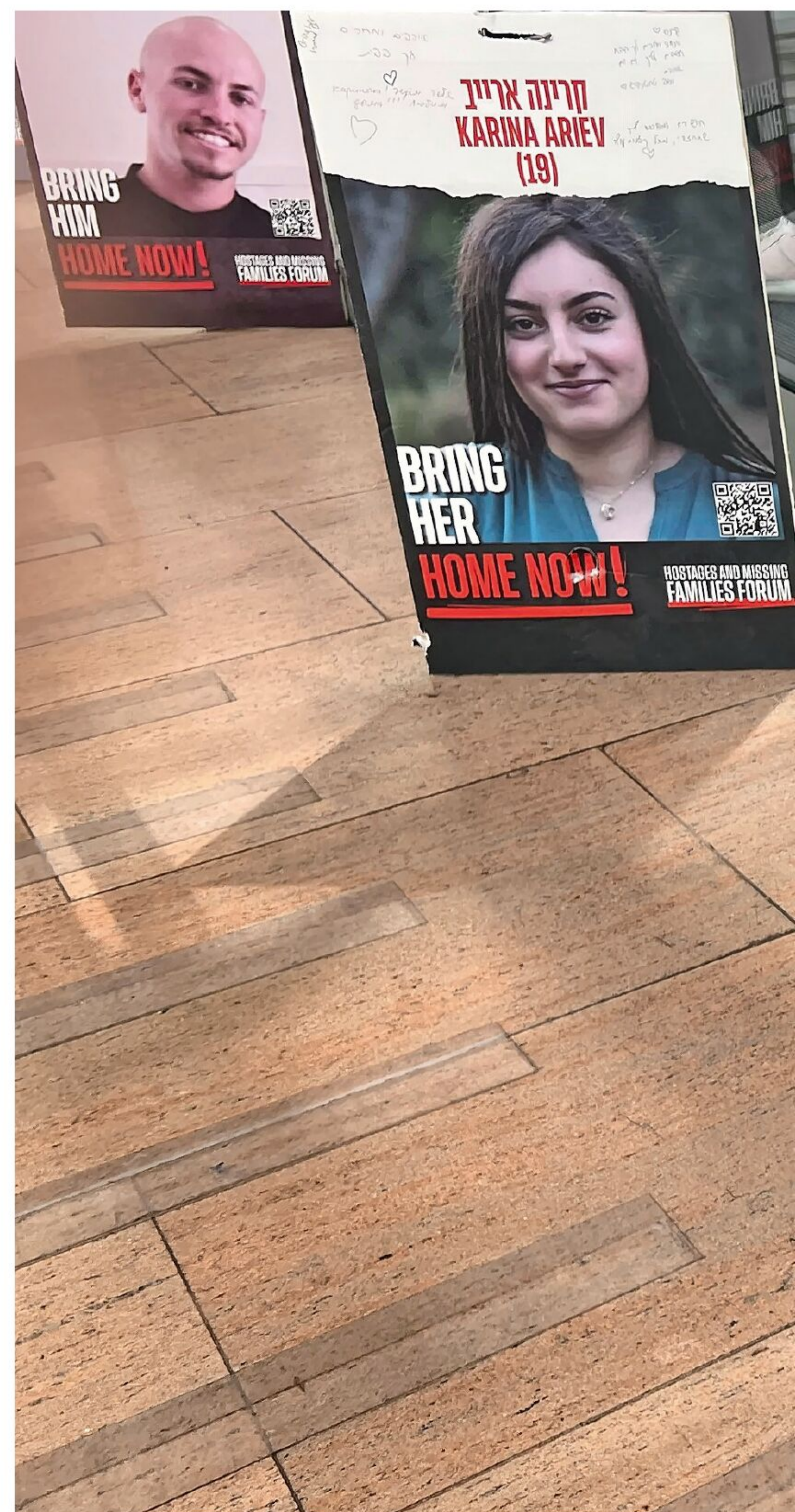
Andreas Mink ist US-Korrespondent der JM Jüdische Medien AG und lebt im Umland von New York City.

DER 7. OKTOBER

Ein persönlicher Blick auf die Auswirkungen
des 7. Oktobers auf jüdische Menschen weltweit.

Von *Jerry Fischer*

Eine tausendfache Tragödie



Wir erleben die finstersten Tage des jüdischen Volkes seit dem Zweiten Weltkrieg. Das ist keine Übertreibung und ich spreche dabei auch aus eigener Erfahrung. Denn die Hamas-Terroristen haben am 7. Oktober 2023 Liat Bein in Atzili, die Tochter meines in Israel lebenden Cousins Yehuda Bein und eine Amerikanerin israelischer Abstammung, aus dem Kibbuz Nir Oz als Geisel genommen. Erst Monate später konnten wir vom israelischen Militär erfahren, dass die Terroristen ihren Mann Aviv bei der Verteidigung des Kibbuz getötet und seine Leiche nach Gaza gebracht haben. Liat konnte aufgrund intensiver, diplomatischer Bemühungen mit anderen Geiseln am 27. November freikommen. Wir haben dafür den Interventionen meines Kongressabgeordneten Joe Courtney und seiner Stabschefin Ayanti Grant zu danken, die ihrerseits das Aussenministerium, Aussenminister Tony Blinken und Präsident Joe Biden angesprochen haben. Die Leiche Avivs befindet sich noch immer in Gaza.

Dies ist meine persönliche Tragödie. Multiplizieren Sie das mit einem Faktor tausend,

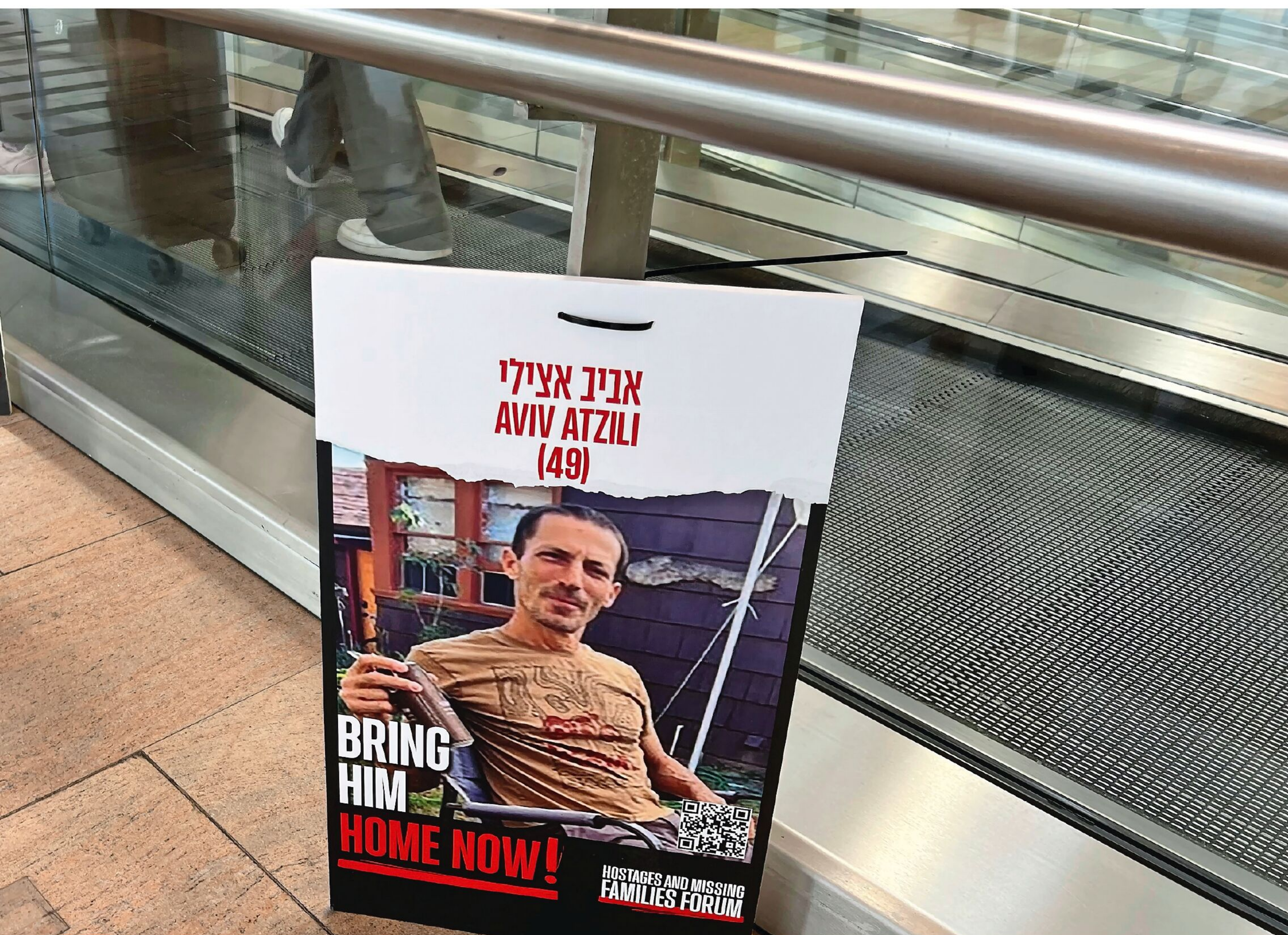
um die Auswirkungen des 7. Oktober auf die Menschen in Israel und Juden weltweit zu verstehen. Auch das Ausmass des Versagens des israelischen Sicherheitsapparates bleibt mir immer noch unbegreiflich. Und wer kann das Vorgehen und die Strategie der Netanyahu-Regierung in dem Konflikt mit den Palästinensern und die Verzweiflung verstehen, die seit dem 7. Oktober über Israel und die jüdische Welt gekommen ist? Dieser Angriff ist eine Katastrophe in der jüdischen Geschichte, die Fassungslosigkeit auslöst

Tiefe Bande

Deutlich wurden jedoch auch die tiefen, über Generationen gewachsenen Bande zwischen der jüdischen Gemeinschaft hier und Israel. Diese sind vielfältig und nicht zuletzt mit dem Sechstagekrieg 1967 verbunden – eine Erfahrung in unserer eigenen Familie. Zuvor war Israel als jüdischer Staat zwar wichtig, aber nicht zentral für das jüdische Selbstverständnis hier. Doch der schnelle Sieg über die arabischen Nachbarstaaten im Juni 1967 floss Juden in Amerika und weltweit einen tiefen

Stolz und Verlangen nach Bindungen und Nähe zu dieser jungen und starken jüdischen Nation ein. Daraus erwuchs unweigerlich der Wunsch, durch persönliches Engagement und Unterstützung zum Gedeihen Israels beizutragen. Zudem wurde nun eine bewusst jüdische Identität möglich, die nicht mehr primär an die Religion, sondern modern, vital und an liberale, fortschrittliche Werte gebunden war. So unterstützten amerikanische Juden und ihre Organisationen nicht allein den Staat, sondern direkt eine Vielfalt an Institutionen wie Universitäten, Spitäler oder Kultureinrichtungen in Israel. Und seit den späten 1970er Jahren wurde Israel der Rolle als Zuflucht und Heimat bedrängter Juden in jedem Weltwinkel durch die massive Zuwanderung aus der Sowjetunion oder die Rettung von Juden aus Äthiopien erneut gerecht. Dazu kam die Festigung der Nation in der engeren Nachbarschaft durch die Friedensabkommen mit Ägypten und Jordanien.

Für das Verständnis meiner persönlichen Reaktion auf den 7. Oktober dürften Kenntnisse über meinen Hintergrund nützlich sein.



Ich wuchs in einem Wohnblock in Washington Heights auf, im Norden von Manhattan. Wir wohnten in der fünften Etage eines sechsstöckigen Gebäudes. Unsere Nachbarn waren Holocaustüberlebende aus Griechenland, die mich oft in ihre Wohnung einluden, um mir Griechisch beizubringen und mir griechische Gerichte vorsetzten. Über mir wohnte mein Freund Irving. Seine Eltern kamen aus Berlin. Sein Vater zeigte mir die Nummer, die auf seinen Arm tätowiert war. Das machte mir Angst. Zwei Stockwerke unter mir wohnte eine alleinstehende ältere Dame aus Wien. Sie trug eine Pelzstola, wenn sie mit ihrem Dackel spazieren ging und sah eigentlich immer aus, als ob sie auf dem Weg in die Oper wäre. Als sie sich die Hüfte brach, konnte sie ihren Hund nicht mehr ausführen. Sie starb wenig später.

In jedem Wohnhaus lebten Holocaustüberlebende und ihre Kinder, vor allem aus Deutschland. Deshalb trug unsere Nachbarschaft den Spitznamen «Viertes Reich». Meine Familie stammte jedoch aus Russland. Meine Grossmutter hatte ein Pogrom überlebt. Ihre

Kinder waren alle sozialistische Zionisten; zwei von ihnen zogen nach Israel. Einer von ihnen, der Vater meines Cousins Yehuda, ist dort begraben. Mein Vater war Soldat im Zweiten Weltkrieg und in einem Feldlazarett eingesetzt, hauptsächlich in Frankreich. Das «Eisenhower Jacket», seine Uniform, die in unserem Schrank hing, durfte nicht berührt werden. Seine Kriegsbeute waren keine Pistolen, sondern medizinische Scheren, die er nach Hause brachte und tatsächlich dazu benutzte, Pflaster und Verbände von unseren Knien zu schneiden.

Mein Grossvater väterlicherseits hiess ursprünglich Smolensky, aber er änderte seinen Namen in Fischer. Er trug den Titel eines «Reverend», leitete eine Synagoge in New Haven und eröffnete dann ein Trauzimmer in Washington Heights. Meine Mutter lernte meinen Vater nach dem Krieg, aber vor seiner Entlassung, bei einer Tanzveranstaltung der United Service Organisation für Militärangehörige kennen. Nach ihrer Heirat gab meine Mutter ihre sozialistisch-zionistische Loyalität auf und übernahm den konservativeren und

Plakate am Flughafen Ben Gurion erinnern an Geiseln in Gewalt der Hamas und rufen nach deren Befreiung. Aviv Atzili wurde von den Terroristen bereits am 7. Oktober bei der Verteidigung seines Kibbuz ermordet.

strenggläubigeren Lebensstil meines Vaters. Ihre Mutter, Ida Beinin, lebte bei uns. Wir waren zu fünft in einer Zweizimmerwohnung. Es war ein beengtes, aber freudvolles Leben.

Dank der Anwesenheit meiner Grossmutter mütterlicherseits wurden alle wichtigen Feiertage, insbesondere Pessach, in unserer Wohnung gefeiert. Dann kam ein Dutzend Verwandte zu uns fünfen zum Seder. Der Abend geriet stets zu einer Debatte zwischen meinem Vater, der die gesamte Haggada lesen wollte, und seinen Schwagern, die lieber über Natur, Landwirtschaft und den Zionismus reden wollten. Als Teenager folgte ich meinen Cousins und trat Hashomer Hatzair bei, der am weitesten links stehenden zionistischen Jugendbewegung. Das gefiel meinem Vater gar nicht, er war überhaupt kein Zionist. Als ich ankündigte, dass ich nach der High School →

für ein Jahr mit dem Programm des Institute for Youth Leaders from Abroad nach Israel gehen würde, verweigerte er mir seine Erlaubnis. Als ich ihm nicht gehorchen wollte, zitterte er buchstäblich vor Wut.

Konfrontation mit dem extremen Dschihadismus

Mein Jahr in Israel war 1966/67, meine Mutter kam mich mittendrin besuchen. Dann versuchten meine Eltern während der Spannungen vor dem Sechstagekrieg verzweifelt, mich zur Heimkehr zu bewegen. Ich widersetzte mich ihnen erneut und grub unterirdische Garagen für die Lastwagen und Traktoren des Kibbuz Amiad an der Grenze zu Syrien, bekam ein tschechisches Repetiergewehr aus dem Zweiten Weltkrieg in die Hand und einen Wachposten am Rand des Kibbuz zugewiesen. Kurz vor Kriegsausbruch konnten meine Eltern meine Verlegung von der Grenze ins Landesinnere erwirken.

Als ich nach Hause zurückkehrte, wurde ich von meinem nun für den Zionismus entflammten Vater begrüsst, der mich vor seiner Gemeinde über mein Jahr in Israel und den Sechstagekrieg sprechen liess. Andere Synagogen in Washington Heights luden mich ebenfalls zu Vorträgen ein. Man bat mich zudem, aus der Thora zu lesen – diese Ehre wurde mir sogar in der grossen Reformgemeinde zuteil, die grösstenteils Mitglieder aus Deutschland hatte und bis Juni 1967 absolut nicht zionistisch ausgerichtet war.

Die Ekstase und Hybris des Krieges nach 1967 führten zur Katastrophe des Jom-Kippur-Krieges 1973 und zu den langen, letztlich fruchtlosen Feldzügen im Libanon. Die Osloer Abkommen vom 17. September 1993 eröffneten eine Zeit grosser Erwartungen und Hoffnungen, die mit der Ermordung von Premierminister Itzhak Rabin endete. Doch selbst seine Beerdigung, an der Staats- und Regierungschefs aus aller Welt und aus Nahost teilnahmen, liess die Hoffnung aufkommen, dass es doch noch Frieden geben würde. Diese Zuversicht wurde durch die erste und zweite Intifada sowie den Aufstieg der Rechten und der Siedlerbewegung an die Regierungsmacht zunichte gemacht.

1993 war ich bereits seit neun Jahren Geschäftsführer des Gemeindeverbandes Jewish Federation of Eastern Connecticut gewesen und hatte viele Gruppen nach Israel geführt. Zuvor hatte ich nach meinem Studium in New York City und an der Harvard University als Lehrer gearbeitet. Politisch Mitte-links orientiert, hielt ich in unserer relativ kleinen Gemeinde im Osten von Connecticut auf eine enge Zusammenarbeit mit anderen religiösen und ethnischen Gemeinschaften. Dabei blieb ich stets ein starker Befürworter Israels. Aber bei unseren Reisen dorthin trafen wir immer mit palästinensischen Israeli zusammen und besuchten Ramallah und Beit Sahour, wo uns ehemalige PLO-Funktionäre in ihre Häuser



Der Gedenkstein für Aviv Atzili am Kibbuz Nir Oz.

rer hielt ich nationale Ämter wie den Vorsitz der Small Cities Federations, und 2014 hielt ich anlässlich meines 30. Dienstjahres eine Grundsatzrede im Nationalkongress. In diesen Jahrzehnten konnte ich den allmählichen Rechtsruck und die Zunahme des religiösen Nationalismus in Amerika und Israel erkennen, die ohne eine wirksame Opposition gegen ihre Ideologien und ihren Aktivismus blieben.

In den USA höhlt die konservative Mehrheit am Verfassungsgericht die Selbstbestimmung von Frauen über ihre Körper und andere Bürgerrechte aus. Israel hat immer noch keine Verfassung – obwohl dies in der Unabhängigkeitserklärung versprochen wurde. Daher hat dort

der Oberste Gerichtshof in wichtigen Fragen das letzte Wort. Die zunehmend einflussreichen Nationalreligiösen in der Netanyahu-Koalition stiessen sich an Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs etwa gegen den illegalen Siedlungsbau. Mit dem Premier an der Spitze betrieben die Rechten die Politisierung und Entmachtung der Justiz, was bekanntlich vor dem 7. Oktober eine immense Protestwelle provozierte. Doch selbst während dieser Zeit führte ich eine grosse Gruppe nach Israel.

Meine Arbeit als Geschäftsführer ging aus einer Kombination traditioneller jüdischer Gläubigkeit und progressiven, säkularen und zionistischen Erfahrungen aus einem multikulturellen Milieu in New York City hervor. Ich liebe die Vielfalt amerikanischer Grossstädte, aber auch die ethnische und religiöse Diversität in Israel. Der Angriff vom 7. Oktober zwang mich zu einer Konfrontation mit den Übeln des dschihadistischen Extremismus auf palästinensischer Seite, aber auch den kahanistischen Elementen in der israelischen Siedlerbewegung. Dazu kommt der unglaubliche Anstieg und die Akzeptanz antisemitischer Proteste und Gehässigkeiten an amerikanischen Universitäten. Zuvor schockierten uns Terrorakte wie der Angriff auf die Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh vor sechs Jahren, der von der einwanderungsfeindlichen Pathologie der Trump-Bewegung inspiriert wurde. Diese Synagoge hatte die traditionsreiche Einwandererhilfe

einladen. Wir trafen Muslime, aber auch Christen und christliche Geistliche. Ich habe viele Verwandte und enge Freunde in Israel. Einige davon sind mit meiner Ermunterung und Unterstützung von hier in Connecticut nach Israel gezogen, wo sie in der Gegend von Tel Aviv, im Kibbuz Nir Oz und im Kibbuz Shomrat leben, aber auch in Afula und der Gilboa-Region, die für ihre ausgezeichneten Beziehungen zwischen der arabischen und der jüdischen Gemeinde bekannt ist. Wir reisten immer voller Zuversicht nach Israel, sogar auf dem Höhepunkt der zweiten Intifada, als wir die Bar Mizwa meines Sohnes und zweier seiner Freunde in Jerusalem feierten. Unsere Gemeinde und jene von Atlanta, Georgia, waren die einzigen, die Israel während dieser schwierigen Zeit besuchten.

Ich war stolz darauf, diese Gruppen zu führen, darunter waren zwei Kongressabgeordnete. Wir nahmen auch an der Konferenz jüdischer Gemeindeorganisationen aus den USA am National Convention Center in Jerusalem teil. Neben meinem Posten als Geschäftsfüh-

«Die stets überparteiliche Unterstützung für Israel ist zu einem politischen Zankapfel geworden.»

Hebrew Immigrant Aid Society gefeiert – und damit den Massenmörder auf den Plan gerufen.

Die Ideologie des Iran

Israel ist das Heimatland aller Juden der Welt und wird an mehreren Fronten angegriffen. Dahinter steht die islamistische Ideologie des Iran. Doch Amerika hat mit dem jüngsten Urteil des Verfassungsgerichts, das Donald Trump weitreichende Immunität gewährte, einen regelrechten Justizputsch erlebt – ein absolutes Novum in unserer Geschichte. Wir können Amerika retten. Aber die Überwindung des von diesen Richtern verursachten Schadens wird mindestens eine Generation währen. Die Befreiung Israels aus dem Griff der religiösnationalistischen Bewegung wird sicher länger dauern. Womöglich droht dem Land sogar ein Bürgerkrieg zwischen den Rechtsextremen und der säkularen Bevölkerung – sofern diese nicht die Abwanderung vorzieht. Gewalt hat sich in unser Leben eingeschlichen. Und das nicht zum ersten Mal. Aber nun scheint Gewalt ein Mass an Akzeptanz erreicht zu haben, das die Ideale Amerikas und Israels wirklich gefährdet. Es wird Stärke und Mut erfordern, diese massiven, religiös motivierten Herausforderungen zu überwinden.

Und wie leben amerikanische Juden heute? Die stets überparteiliche Unterstützung für Israel ist zu einem politischen Zankapfel geworden. Nach dem Anschlag auf die Tree-of-Life-Synagoge verschärften jüdische Gemeinden ihre Sicherheitsprotokolle, lockerten diese jedoch bis zum Anschlag vom 7. Oktober und dem Gegenangriff in Gaza ein wenig. Seitdem hat sich das Gefühl der Unsicherheit für Juden in Amerika vom institutionellen in den persönlichen Bereich verlagert. Jüdische Studenten wurden konfrontiert, schikaniert und eingeschüchtert. Und allerorten wurden Juden angegriffen. Von Synagogen abgesehen, machen jüdische Organisationen ihre Aktivitäten nicht mehr öffentlich bekannt und verlangen eine Voranmeldung, bevor sie Veranstaltungsorte bekannt geben.

Juden sind verzweifelt über das Ausbleiben starker Reaktionen aus der breiten Gesellschaft auf das Massaker vom 7. Oktober. Frauen wurden vergewaltigt und ermordet. Zivilisten wurden abgeschlachtet und als Geiseln genommen, doch die Reaktionen von Interessengruppen und internationalen Gerichtshöfen waren schwach bis nicht vorhanden. Statt einer Verurteilung des brutalen Terrors und der Verletzung aller Normen des Krieges und der Politik wurde eine gewisse Genugtuung darüber bemerkbar, dass die palästinensische Sache wieder auf die Tagesordnung der Welt gebracht worden ist. Dabei spielt es keine Rolle, dass die Palästinenser in Israel und viele im Westjordanland und im Gazastreifen auf die wahllose Gewalt der Ha-



mas gegen Israeli, aber auch gegen Arbeitskräfte und Besucher aus dem Ausland mit Abscheu reagierten.

Präsident Joe Biden hat die Hamas-Aktionen «schlimmer als ISIS» genannt und reiste als Zeichen seiner Solidarität nach Israel. Er hat unser Militär für die Verteidigung Israels mobilisiert, einen massiven Luftangriff des Iran auf Israel gestoppt und arbeitet unermüdlich an der Befreiung aller Geiseln. Ich weiss das aus eigener Erfahrung. Unsere Regierung war nicht nur direkt an der Befreiung meiner Cousine beteiligt, sondern hat Angehörige der amerikanischen Geiseln zu Bidens Rede zur Lage der Nation im März eingeladen. Beamte informieren die Familien laufend über die Verhandlungen und die Lage der Geiseln.

Der Präsident bleibt in dieser Krise auch persönlich engagiert. Wir konnten das selbst erleben, als meine Cousine Liat Beinon Atzili mit mehreren Angehörigen am 8. Juli zu einem Treffen mit Präsident Biden ins Oval Office eingeladen wurde. Die Begegnung hatte Züge eines Shiva-Besuchs. Als wir Platz nahmen, bat der Präsident Liat neben sich und sie sprachen über den Verlust von Ehepartnern. Er liess Liat wissen, dass auch er (mit dem tödlichen Unfall seiner ersten Frau Neilia und der kleinen Tochter Naomi 1972) einen solchen Schlag erlitten hatte, und er sprach ihr Trost zu: die Erinnerung an Aviv werde immer bei ihr sein. Präsident Biden bekräftigte uns gegenüber zudem, dass die USA alles Mögliche zur Befreiung sämtlicher Geiseln und der Beendigung des Kriegs unternehmen werden.

Doch leider sind dem Möglichen Grenzen gesetzt und es wird vielleicht Generationen dauern, bis im Nahen Osten Frieden herrscht. Liat hatte das Glück, in Gaza von einer Familie festgehalten zu werden, die ihr kein Leid zufügte. Dennoch sagten ihre Bewacher, Israel existiere auf muslimischem Land und dieses müsse von den Muslimen zurückerobert wer-

Liat Atzili, ihr Sohn Ofri, Präsident Itzhak Herzog, ihre Eltern Yehuda and Chaya Beinon und ihr amerikanischer Cousin Jerry Fischer (v.r.n.l.).

den. Und diese Bewohner von Gaza waren fest davon überzeugt, dass es dazu letztendlich auch kommen wird. Liat hat sich seit ihrer Rückkehr nach Israel offen für die Notwendigkeit des Friedens ausgesprochen. Wie viele Angehörige arbeitet sie unermüdlich dafür, dass die israelische Regierung ein Abkommen zur Freilassung der Geiseln und einem Waffenstillstand eingeht. Allerdings erkennt sie jetzt auch an, dass Mauern und Grenzen keinen Frieden garantieren.

Denn wo auch immer Propaganda und Aufrufe zum Krieg durch Leid und Armut angeheizt werden, können Mauern und Grenzen Gewalt nicht verhindern. Wie die Dschihadisten überwunden werden können, die nicht nur Israel, sondern Länder weltweit angreifen, harrt einer Antwort. Abschreckung ist eine absolute Notwendigkeit, aber ebenso die Reformierung der islamistischen Bewegung. Solange dies nicht geschieht, wird es im Nahen Osten keinen wirklichen, dauerhaften Frieden geben – weder zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn noch zwischen Schiiten und Sunniten.

Jerry Fischer war nach Abschlüssen am City College in New York City, dem Hunter College und Harvard für jüdische Gemeinden in San Francisco und Syracuse, New York, tätig und wirkte dann über 35 Jahre Geschäftsführer der Jewish Federation of Eastern Connecticut. Fischer begann schon vor seiner Pensionierung mit dem Filmen von Dokumentationen mit Themen wie jüdischen Landwirten in Connecticut («Harvesting Stones») und zuletzt über die Holocaust-Überlebende Henny Rosenbaum Markiewicz Simon («Henny and Hannover», <https://www.hennythemovie.org/>).

Die Juden in Europa nach dem 7. Oktober.

Von *Diana Pinto*

Gemeinsames Entsetzen, gleiche Gräben

Es war schon immer unmöglich, über «die Juden in Europa» oder das «europäische Judentum» nach 1945 zu sprechen, als ob sie eine monolithische Einheit wären. Diese einfache Wahrheit gilt auch nach dem 7. Oktober 2023. Abgesehen von dem gemeinsamen Entsetzen über die Terroranschläge teilen die Juden in Europa heute die gleichen Gräben, die gleichen gegensätzlichen Werte und Zugehörigkeiten wie die stark zersplitterten Juden in Israel. In ganz Europa und Amerika gibt es Juden, die für Netanyahu sind, ethno-nationalistische Juden, die für die Besiedlung eintreten, ultra-orthodoxe Juden mit messianischen Neigungen, aber auch unnachgiebige Gegner der israelischen Regierung, säkulare Juden sowie minoritäre Stimmen, die sogar mit der Notlage der Palästinenser nach 57 Jahren Besatzung (aber nicht mit dem Terrorismus der Hamas) sympathisieren können.

Der Rechtsruck und die Juden

Diese grossen jüdischen Differenzen über Israel spielen sich in ganz Europa ab, sowohl innerhalb der jüdischen Gemeinden als auch innerhalb der verschiedenen politischen Parteien, die derzeit den Kontinent prägen. Pro-Netanyahu-Juden, die Israels ethnozentrische Identität nachdrücklich unterstützen, wenden sich auf etwas paradoxe Weise (in Anbetracht der Vergangenheit) den eher rechtsgerichteten und autoritären Parteien in Europa zu. Diese suchen einen Schulterschluss mit der israelischen Rechten, ohne sich notwendigerweise völlig von alten antisemitischen Tropen befreit zu haben. So sympathisieren viele italienische Juden und Gemeindeleiter aus der Überzeugung heraus mit der Regierung von Giorgia Meloni, dass die Linke viel zu pro-palästinensisch ist und daher nicht als politische Alternative taugt. Auch Frankreich ist in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel.

Während der Parlamentswahlen in diesem Sommer erklärten so wichtige intellektuelle

jüdische Stimmen wie Alain Finkielkraut und Serge Klarsfeld, dass sie sich bei einer Wahl zwischen Jean-Luc Mélenchon, dem Führer der extremen Linken, und Marine Le Pen notfalls für das Rassemblement National entscheiden würden, dessen Ursprünge im traditionellen antisemitischen Lager liegen. Und dann sind da natürlich noch die Chabad- und ultraorthodoxen Juden in Ungarn, die mit Viktor Orbán auf das Engste befreundet sind. Sogar in Deutschland haben Teile der rechts-extremen AfD, die mit Nazi-Anspielungen kokettierte, versucht, Juden in ihr politisches Boot zu holen, weil sie Israel entschieden unterstützen und eine Abneigung gegen Muslime (also nicht nur gegen islamistische Terroristen) hegen.

Österreich scheint im Moment die Ausnahme zu sein. Dort stellen sich Juden klar gegen eine rechtsextreme Partei, die von einem ehemaligen Nazi-General gegründet wurde. Bei dem derzeitigen Rechtsruck in Europa muss man jedoch feststellen, dass die Haltung zu Israel jene Juden, die den europäischen Mitte-links-Parteien (der traditionellen Heimat des europäischen Judentums der Nachkriegszeit) treu geblieben sind, an den Rand gedrängt und sie in eine Minderheitsposition gebracht hat. Dieser Faktor Israel hat auch die traditionelle jüdische Loyalität zum demokratischen Pluralismus und zur Notlage von Einwanderern beeinträchtigt. Die Juden in Europa, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, bewegen sich also in einer sehr unübersichtlichen und sogar verzerrten politischen Landschaft.

Um auf die Ereignisse seit dem 7. Oktober zurückzukommen, ist es selbstverständlich, dass Israeli und Juden in der ganzen Welt das Gefühl teilten, dass die Terroranschläge einen existenziellen Wendepunkt markierten. Aber es gab keine Einstimmigkeit über die Richtung der «Wende», ihre möglichen Ergebnisse und Konsequenzen, abgesehen von der Tatsache, dass Israel reagieren musste – aber die



Art, die Strategie und das Ausmass der Reaktion spalten weiterhin.

In erster Linie erweckte der 7. Oktober ein entferntes Gespenst wieder zum Leben, von dem man annahm, dass es sich durch die Existenz eines jüdischen Staates selbst in Luft aufgelöst hatte. Der Mord an den meisten Juden seit dem Zweiten Weltkrieg geschah innerhalb Israels. Die Opfer der zaristischen Pogrome im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, die für die zionistische Vision eine so wichtige Rolle spielten, kamen zumindest als Einzelschicksale zahlenmässig kaum in die Nähe. Das Ergebnis war äusserst destabilisierend: Die jüdische Welt als Ganzes musste schockiert feststellen, dass Israel nicht verhindern konnte, was die *raison d'être* des jüdischen Staates gewesen war: sicherzustellen, dass die Juden nie wieder der Wut, dem Hass und der Gewalt von



Nachbarn oder feindlichen Mächten ausgesetzt sein würden. Mit anderen Worten: Seine existenzielle Rolle als Versicherungspolice für die jüdische Welt wurde in Frage gestellt. Die Israelis waren auch schockiert darüber, dass ihr wichtigster Schutz, die Armee, sie in der Stunde der grössten Not im Stich gelassen hatte.

Das Ergebnis war ein gemeinsames Gefühl, dass die Israeli von neuen Persönlichkeiten mit einem eigenen Staat wieder in die Lage «gefährdeter Juden» zurückgestossen worden waren. Die langfristigen psychologischen Auswirkungen eines solchen Identitätswechsels sind nicht zu unterschätzen. Sowohl unter den europäischen Juden als auch unter den Israelis wurde zum ersten Mal das Unaussprechliche von kleinen einflussreichen Minderheiten still und zuweilen auch

offen ausgesprochen: dass nämlich die Existenz des Staates selbst in Gefahr sei, und zwar nicht durch ausländische Mächte wie in der Vergangenheit, sondern durch die unlösbare Palästinafrage. So hat mir ein israelischer Akademiker die Frage gestellt: «Sind wir wieder im Jahr 1948?» – als ob 75 stolze Jahre von Entwicklung und Fortschritten aller Art an Israels Grundproblem unter dem Motto «ein Land für zwei Völker» nicht eine Jota geändert hätten.

Israelflaggen an Regierungsgebäuden

Unmittelbar nach den Anschlägen der Hamas konnten die europäischen Juden über den Schock und den Schmerz hinaus einen gewissen Trost in der Tatsache finden, dass alle grossen europäischen Hauptstädte die israelische Flagge auf ihren ikonischen Denkmälern

Eine Besucherin am Gelände des Nova-Musikfestivals in der Nähe des Kibbuz Reim vor einer Collage aus den Porträts der Hamas-Opfer, die dort im Süden Israels am 7. Oktober von den Terroristen ermordet oder in den Gazastreifen verschleppt worden sind.

aufleuchten liessen: das Brandenburger Tor, Big Ben, der Eiffelturm, im Gleichklang mit dem amerikanischen Empire State Building. In diesen ersten Momenten schienen die westliche Welt und alle Juden geschlossen hinter Israel zu stehen und darauf zu warten, dass der jüdische Staat Vergeltung übe für das, was ein ausdrücklicher Angriff auf «Juden» und nicht mehr auf «Zionisten» war. Die Israeli waren in einer gemeinsamen Welle der Wut und des Wunsches nach Rache vereint, und in →

dem Wunsch, die Existenz der Hamas ein für alle Mal zu beenden.

Ausserhalb Israels mögen die meisten Juden ähnliche Gefühle gehegt haben, aber sie waren auch Opfer einer tief verwurzelten Sorge darüber, dass Israels Vergeltungsmassnahmen gegen die Hamas im Gazastreifen massiv ausfallen, beispiellose Opfer unter der Zivilbevölkerung auf Kosten vieler israelischer Soldaten fordern, die Terrorgruppe wahrscheinlich nicht ausrotten und den Antisemitismus auf dem Kontinent weiter schüren würden, während gleichzeitig die westliche Solidarität auf die Probe gestellt würde. Mit anderen Worten: Die europäischen Juden waren sich der internationalen Folgen des israelischen Vorgehens weitaus stärker bewusst als ihre israelischen und sogar amerikanischen jüdischen Kollegen. Kann man also von einem klaren Unterschied zwischen den Reaktionen der europäischen Juden und denen der Israeli im vergangenen Jahr sprechen?

Ich würde sagen, ja. Zunächst einmal gibt es ein strukturelles Ungleichgewicht. Europäische Juden haben viel mehr familiäre Bindungen zu Israeli als Israeli zu europäischen Juden. Die europäischen Juden sorgen sich um das langfristige Schicksal Israels (und setzen es zum Teil mit ihrem eigenen gleich). Israeli hingegen haben weder Raum noch Zeit noch Lust, sich um die europäischen Juden zu sorgen (die immer noch als verschwindende und irrelevante Grösse wahrgenommen werden), und nur wenige können sich die mögliche Zerstörung des Staates vorstellen. In gewisser Weise bestätigt die Zunahme antisemitischer Vorfälle und des Israel-Hasses nach Israels brutalem Einmarsch in den Gazastreifen nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika die vorherrschende Weltsicht der meisten Israeli: dass Israel weiterhin die einzige jüdische Lösung ist.

Dass Israels Handlungen tatsächlich der Motor für einen Grossteil des heutigen Antisemitismus sein könnten, ist etwas, das Israeli nicht in Betracht ziehen, zuzugeben oder gar verarbeiten wollen. Dieser konzeptionelle Unterschied findet sich bei Israeli aller politischen und kulturellen Richtungen, von den Rechtsextremen bis zu den Liberalen. Es war auffallend, dass selbst diejenigen, die Netanyahus Verfassungsreformen im Vorjahr abgelehnt hatten und die den grössten Teil der Menschenmenge ausmachten, die für die Geiseln eintrat und für einen Waffenstillstand mit der Hamas plädierte, diesem Grundproblem gegenüber völlig gleichgültig waren. In beiden Fällen blieben diese jüdischen Gegner von Netanyahus Politik blind oder strikt taub gegenüber den Bedürfnissen und Rechten der israelischen Araber und der Palästinenser in ihrer Mitte (während der Verfassungsproteste) und nach dem 7. Oktober gegenüber der Notlage der Zivilbevölkerung des Gazastreifens in den Trümmern ihrer bombardierten Wohnorte.

«Die europäischen Juden waren sich der internationalen Folgen des israelischen Vorgehens weitaus stärker bewusst als ihre israelischen und sogar amerikanischen jüdischen Kollegen.»

Die europäischen Juden konnten allein aufgrund der Tatsache, dass sie inmitten von anderen Gemeinschaften lebten, nicht gleichgültig bleiben. An dieser Stelle sollte man, wie immer, die Positionen der offiziellen jüdischen Gemeinden, die stets vorsichtig und zurückhaltend sind und fast als Sprachrohr Israels fungieren, von einer breiteren jüdischen Meinung unterscheiden. Ob aus humanitären Erwägungen, aus dem Gefühl heraus, dass Israels andauernde Besatzung nach 1967 eine Rolle bei der palästinensischen Gewalt spielte (natürlich ohne die Schrecken des 7. Oktober zu rechtfertigen) oder aus der Erkenntnis heraus, dass Israel langfristig auf westliche Verbündeten in einer immer gleichgültiger werdenden Welt angewiesen sein wird und diese nicht verprellen darf, konnten sich die Juden in ganz Europa gegenüber den internationalen Reaktionen nicht taub stellen. Wieder einmal waren sie hin- und hergerissen zwischen ihrer jüdischen und ihrer pluralistischen demokratischen Zugehörigkeit.

Israel ja, Netanyahu nein

Es ist kein Zufall, dass in den europäischen jüdischen Gemeinden ein direkter Zusammenhang zwischen dem Grad des ruhigen, pluralistischen demokratischen Lebens und der Stärke der abweichenden jüdischen Meinungen in Bezug auf Netanyahus Innenpolitik und militärische Prioritäten seit dem 7. Oktober besteht. Es ist kein Zufall, dass in Grossbritannien laut einer im September veröffentlichten Umfrage des Institute for Jewish Policy Research 80 Prozent der jüdischen Befragten in Grossbritannien Netanyahus Umgang mit dem Gaza-Krieg und dessen Folgen für alle Zivilisten, einschliesslich derer in Gaza, stark missbilligen. Oder dass prominente jüdische Journalisten aufhören würden, für den einst konsensorientierten Jewish Chronicle zu schreiben, dem sie vorwerfen, rechtsextreme israelische Ansichten zu vertreten und mit deren Propaganda hausieren zu gehen. Und das in einem Land, in dem die pro-palästinensischen Proteste massiv waren (und zeitweise sogar von linksgerichteten Juden besucht wur-

den). Anderswo in Europa sind solche klaren kritischen Positionen möglicherweise schwerer zu finden, vielleicht weil viele Juden die Folgen des islamischen Terrorismus (Frankreich) oder die Rückkehr rechtsextremer Parteien (Deutschland, Österreich) am eigenen Leib erfahren haben oder mit den pro-israelischen, aber von Natur aus antijüdischen Positionen autoritärer Führer wie Orbán in Ungarn nicht einverstanden waren. Eine solche Bruchlinie verlief sogar noch tiefer unter den Juden, die man als «universalistisch» bezeichnen kann und die nicht vor internationalen Anschuldigungen zurückschreckten, dass Israel Verbrechen begeht, die völkermörderischer Natur sind, ohne dass es sich um einen Völkermord in Gaza handelt. Auf einer gemässigten Ebene waren die meisten Juden in Europa der Ansicht, dass Israel nicht im Alleingang und gegen die Welt vorgehen könne, insbesondere nicht gegenüber seinen westlichen Verbündeten. Sie befürchteten, dass eine solche Haltung auf lange Sicht nur zum Selbstmord führen könnte. In dieser Hinsicht waren sie noch im Einklang mit den Positionen ihrer nichtjüdischen Gesprächspartner oder konnten sie zumindest nicht verwerfen.

Wahrnehmungen, Hoffnungen und Ängste sind ständig im Fluss. In den letzten drei Wochen haben das israelische Militär und der Mossad (die auf tragische Weise nicht auf die Anschläge vom 7. Oktober vorbereitet waren) durch die brillante Zerstörung der Pager und Walkie-Talkies der Hisbollah, die gezielte Ermordung führender Terroristen, einschliesslich Nasrallahs, und nun durch den möglichen direkten Angriff auf den Iran gezeigt, dass sie immer noch ihren alten «Funken» besitzen. Dies hat in der jüdischen Welt einen Hoffnungsschimmer aufkommen lassen, dass Israel noch immer die Kontrolle hat.

Es ist viel, viel zu früh dafür, in solchen Ideen Trost zu suchen. Die Israeli sind nicht mehr das, was sie einmal waren. Mit den Anschlägen vom 7. Oktober sind sie zu bedrohten Juden in ihrem eigenen Land geworden (an der Grenze zum Libanon oder wie in Jaffa, wo mehrere bei Strassenanschlägen ermordet wurden). Israel ist von Feinden umgeben, die viel furchterregender und unerbittlicher sind als die Einzelpersonen und Gruppen, die in ganz Europa antisemitische Anschläge verüben. Wenn doch nur die europäischen Juden, die gemässigtere Positionen jenseits der «Israel-ist-richtig-oder-falsch»-Sprechchöre vertreten, Gehör finden und Koalitionen mit ihren amerikanischen und israelischen Kollegen bilden könnten. Wenn die Israeli doch nur verstehen könnten, dass dieser Schrecken kein Ende nehmen wird, ohne dass das Kernproblem der Palästinenser angegangen wird. Wenn nur... – tragische Zeiten.

Diana Pinto ist Historikerin und untersucht seit Jahrzehnten die Entwicklung jüdischen Lebens in Europa.

Rabbinerin Diana Fersko hat kurz vor dem 7. Oktober 2023 das Buch «We Need to Talk About Antisemitism» publiziert. Sie diskutiert die Lage ihrer Gemeinde in Lower Manhattan – aber auch der amerikanischen Juden insgesamt. Von *Andreas Mink*

Rückbesinnung auf das eigene Volk

aufbau: Frau Fersko, Sie sind seit 2020 «Senior Rabbi» und damit geistliche Leiterin des Village Temple, der Reformsynagoge unterhalb des Union Square in Lower Manhattan. Was ist das für eine Gemeinde?

Rabbinerin Diana Fersko: Der Village Temple wurde 1948 gegründet, und unsere Nachbarschaft war schon damals sehr weltoffen, kreativ, lebhaft – und politisch eher links. Es leben viele Künstler hier. Unsere Synagoge reflektiert all das. Was uns von anderen Gemeinden selbst in Manhattan unterscheidet, ist ein hoher Anteil junger Familien. Die Nachbarschaft ist beliebt, hat gute öffentliche Schulen und zieht jüngere Menschen an. Damit sind wir in einer glücklichen Lage. Denn bei vielen Gemeinden in den USA liegt der Altersdurchschnitt deutlich höher. Ich selbst bin in New Haven, Connecticut, aufgewachsen und war zuvor an der Stephen Wise Free Synagogue in Manhattan tätig.

Wie würden Sie Ihre Mission als Rabbinerin beschreiben?

Ich habe mir immer gewünscht, an einem Ort wie dem Village Temple zu wirken. Aber grundsätzlich ist mein Ziel, Juden unserem Glauben näherzubringen. Und das kann ich hier jeden Tag tun. Denn Vielfalt, Debatte, der Austausch von Argumenten und eine dialektische Auslotung schwieriger Fragen bilden den Kern jüdischer Werte. Sie können jede Seite des Talmuds aufschlagen und zahlreiche Rabbiner bringen dazu gegensätzliche Lesarten vor, die häufig unauflösbar sind. Mir wird tatsächlich etwas unbehaglich, wenn sich zahlreiche Juden in einer Sache einig sind. Also: Ja, wir sind eine sehr vielfältige Gemeinde und ich betrachte das als Quelle von Kraft und bin darauf stolz.

Zu Ihrer Arbeit gehört auch der Kontakt zu Israel. Im März haben Sie und Mitglieder Ihrer Gemeinde den jüdischen Staat besucht. Wir haben darüber für die ganze Gemeinde ausführlich auf unserer Website berichtet. Israel war und bleibt mir persönlich immer



sehr wichtig. Das ist Teil meines jüdischen Selbstverständnisses. Heute ist es noch wichtiger, das durch persönliche Besuche auszudrücken. Wir wollten dem Volk Israels Unterstützung geben, praktisch helfen, trösten. Und natürlich lernen. Wir haben viele Fragen gestellt und Menschen quer durch das politische Spektrum getroffen, dazu Militärs, Politiker und Journalisten. Wir sind hinunter in den Süden gefahren, wo die Hamas mehrere Kibbuzim angegriffen hat, und waren auch am Standort des Nova-Musikfestivals. Und natürlich haben wir eine Vielzahl von Standpunkten gehört. Das war schon sehr eindrücklich und bedeutsam. Wir konnten Zeugen der Leiden unseres Volkes werden.

Natürlich haben diese Besuche in Israel Tradition für jüdische Gemeinden hier.

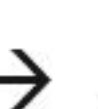
Für mich war es der erste Besuch als Rabbinerin am Village Temple. Zuvor konnten wir wegen Covid nicht reisen. Aber ich habe Israel schon als Heranwachsende und dann bei meiner ersten Stelle als Rabbinerin besucht.

Wie haben Sie den 7. Oktober persönlich erlebt?

Eine neue Unsicherheit mitten in einer der vitalsten und progressivsten Nachbarschaften in Manhattan: Eingang des Village Tempel nach dem Union Square.

Die Terrorattacke kam an einem Schabbat. In der Nacht zuvor haben wir Simchat Thora begangen. Jung und Alt haben zur «Feier der Thora» getanzt. Nach diesem Fest jüdischer Freude bin ich am Schabbat-Morgen aufgewacht und mein Mann sagte mir, in Israel sei irgendetwas Schlimmes passiert. Was genau, war zunächst nicht klar. Und so bin ich wie immer am Samstagmorgen hierher gegangen, in den Tempel. Ich habe eine Bat Mizwa zelebriert und von der Bima gesagt: «Unsere Herzen sind mit unseren Brüdern und Schwestern in Israel». Aber ich konnte die Geschehnisse nicht wirklich verstehen – und eigentlich geht mir das immer noch so. Denn ich hatte mit der Überzeugung gelebt, dass Israel, der Staat Israel, ein für alle Mal Pogrome beendet hat. Dass diese Zeiten vorüber waren. Der 7. Oktober hat diese Gewissheit zerstört. Aber nicht nur das.

Sondern?



Sondern auch meine ganze Idee, wie ich mich als Jüdin selbst betrachte. Denn nun war ein Pogrom geschehen. Und die Hamas hält immer noch Geiseln in ihren Tunneln gefangen. Das schockiert mich. Denn ich habe während des Libanon-Krieges von 2006 in Israel gelebt. Ich war mir der Gewalt um mich herum seinerzeit ganz bewusst. Aber trotzdem habe ich mich immer in Sicherheit gewähnt. Denn Israel war sicher und würde mich und alle Juden weltweit beschützen. Und diese Sicherheit ist am 7. Oktober verloren gegangen. Und dann kochte dieser Antisemitismus hoch und machte das Gefühl der Verunsicherung noch viel, viel schlimmer. Das Wort «Sicherheit» hat für uns hier ansonsten eine weniger dramatische Bedeutung.

Sie meinen Begriffe wie «Job-Sicherheit»?
Oder ob der Schulweg unserer Kinder sicher ist. Aber jetzt hören wir auf einmal von einer tödlichen Bedrohung unseres Volkes. Und das an einem ganz normalen Tag hier. Das ist meine persönliche Reaktion. Aber der 7. Oktober hat jüdische Amerikaner mit Fragen konfrontiert, die sie sich zuvor nicht stellen mussten. In der Gemeinschaft herrscht ein tiefes Gefühl von Verlust, sogar von Verrat. Wir sind von Menschen enttäuscht worden, von denen wir Unterstützung erwartet, aber nicht bekommen haben. Dazu kamen Entrüstung und Zorn: etwa auf das Universitätssystem unserer Jugend. Das ist eine enorme, schmerzhaft Belastung für unsere Gemeinschaft. Obendrein hat das öffentliche Schulwesen kein Verständnis dafür, was Antisemitismus eigentlich ist. Aber in diesem Jahr seit dem 7. Oktober habe ich auch ein immenses Mass an Beharrlichkeit und Widerstandskraft in der jüdischen Gemeinschaft erlebt – dazu Einigkeit und Klarheit. Denn dem ersten Schock sind rasch Tatkraft und Aktivität gefolgt. Jüdinnen und Juden krempeln die Ärmel auf, um Israel zu unterstützen, kämpfen gegen den Antisemitismus hier an und tun, was sie für richtig und gerecht in dieser Welt halten.

Von einer Rückbesinnung auf jüdische Werte und Gemeinschaft ist viel zu hören.
Wir Juden sind eben eine sehr kleine Gemeinschaft. Der Terror hat jede und jeden von uns mehr oder weniger persönlich berührt. Die breite Bevölkerung mag nicht immer verstehen, dass jüdisch Sein für uns bedeutet, dass wir Teil einer Familie sind. Und wenn einem Mitglied etwas zustösst, dann tut das uns allen weh. Oft genug sind Angehörige im engeren Sinn betroffen.

Wie am 7. Oktober.
Diese Erfahrung hat uns einander noch näher gebracht. Wir teilen unsere Trauer.

Aber ungestört ist Ihre Gemeinde dabei kaum, oder? Schon wegen Ihres Standorts nahe der



New York University. Auch dort gab es ja heftige Demonstrationen gegen die Kriegsführung der IDF in Gaza.

Ja, die New York University (NYU) liegt ein paar Blocks entfernt. Viele unserer Mitglieder arbeiten dort oder an Columbia im Norden von Manhattan. Junge Leute aus der Gemeinde studieren an diesen Universitäten, oder besuchen Schulen in der Umgebung. Etliche Mitglieder leben auch in Wohnungen der NYU in der Nachbarschaft. Und so haben sie nicht nur den Hass von Demonstranten gegen Juden erlebt. Direkt unter ihren Wohnungen haben Protestierende Zelte aufgeschlagen. So mussten auch kleine Kinder aus der Gemeinde rund um die Uhr teilweise übelste Hassreden gegen Juden hören. Das ist die Luft, die wir atmen – und das nun schon eine ziemliche Zeit lang. Allerdings hat zumindest die NYU inzwischen Fortschritte bei der Eindämmung dieser Ausschreitungen gemacht. Aber dieses Gefühl, gerade hier frei und ungezwungen als Juden leben zu können, das ist weg.

Da erscheinen Debatten etwa über den Unterschied zwischen Antisemitismus und Antizionismus als ziemlich abstrakt, oder?

«In der Politik werden Juden als Thema für andere Zwecke missbraucht.»

Rabbiner Diana Fersko: «Meine Grundlagen sind die Thora und andere heilige Schriften.»

Ich halte das nicht für eine fruchtbare Frage. Diese Fixierung darauf kommt mir seltsam vor. Denn letztlich zählt die Wirkung von Äusserungen. Und diese Debatte trägt zu einer feindseligen Atmosphäre gegenüber Juden hier bei und hindert uns an unserer freien Selbstentfaltung auch in einem religiösen Sinn und als Gemeinschaft. Gleichzeitig hat diese Debatte keinerlei Einfluss auf das Vorgehen der IDF. Was soll das also?

Aber damit ist die Gleichsetzung von Juden und Israel ja nicht vom Tisch. Wo läuft das hin?

Wir sehen auf jeden Fall, dass Juden auch jetzt im Kampf gegen Antisemitismus ihr Judentum erst recht hochhalten und sich darauf besinnen. Das mag seltsam wirken – warum nicht vor dieser schrecklichen, weiterhin kritisierten Sache weglaufen? Und sich in Sicherheit bringen? Aber stattdessen bringen sich Juden im Gemeindeleben ein oder engagieren sich noch stärker. Das ist ganz konkret. Bei Synagogen wächst die Zahl der Mitglieder. Die Feriencamps erleben heuer geradezu einen Ansturm und die Plätze in jüdischen Tagesschulen werden knapp. Zu mir kommen Leute und sagen: «Ich war nie ein Gemeinde-Jude – aber ich fühle ich mich dazu hingezogen.» Juden wenden sich nach innen und besinnen sich zurück auf ihr eigenes Volk. Das hat längerfristige Konsequenzen.

Inwiefern?

Diese Rückbesinnung macht Juden selbstbewusster, hebt ihren Geist. Das heisst aber nicht, dass Debatten über politische Vorgänge in Israel – etwa im Zusammenhang mit der «Justizreform» – oder über das Vorgehen der IDF in Gaza aufhören. Denn das wäre ungesund. Ich halte Kritik an Israel nicht für automatisch antisemitisch. Und dort laufen bekanntlich ständig Debatten über jedes nur denkbare Thema. Aber hier schleichen sich bei Auseinandersetzungen über Israel schon auch mittelalterliche Klischees ein, wie etwa Juden seien unnötig grausam und blutgierig, besonders nach Blut von Kindern. Denn viele Berichte über den Gaza-Krieg setzen einfach bei der Reaktion der IDF ein und blenden das Massaker vom 7. Oktober aus. Wer denkt, dass er besser über Kriegsführung Bescheid weiss als die IDF, kann das gerne vorbringen. Aber man sollte nicht so tun, als ob der 7. Oktober nie geschehen wäre. Das ist für mich inakzeptabel.

Sie haben wenige Wochen vor dem 7. Oktober das Buch «We Need to Talk About Antisemitism» publiziert, das diesen Hass als einen Versuch darstellt, «Juden einzuengen», zu reduzieren.

Ja, mit dem Buch will ich Menschen ein Vokabular für den Umgang mit dem heutigen Antisemitismus an die Hand geben. Denn da gibt es neue Entwicklungen. Dabei hilft jedoch eine Rückbesinnung auf die Entstehungsgeschichte des jüdischen Volks mit dem Auszug aus Ägypten – von der Sklaverei zur Freiheit. Im Buch «Exodus» wird Ägypten «der enge Ort» genannt. Denn dort wurden wir nicht als Volk anerkannt, sondern wurden zu Sklaven reduziert. Als Metapher betrachtet, geschieht das heute: Juden werden von aussen in Konzepte gepresst. Wie diese Vorstellung, alle gehörten der gleichen Rasse an, seien reich oder etwa gut in Mathematik. Leute wollen, dass Juden ihren Vorstellungen über Juden entsprechen. Und damit werden Juden als Volk reduziert und ihrer Menschlichkeit beraubt – als ob wir nicht über Jahrtausende im Nahen Osten gelebt hätten, vom Jemen über Syrien bis zum Iran. Den Begriff «Rasse» haben ja die Nazis benutzt und damit ihren Völkermord begründet. Und so wird verneint, dass Juden aus allen Weltecken stammen, jeder Schicht angehören können. Gerade hier in New York leben viele in Armut.

Sie gebrauchen zudem den Begriff «Virus», um Judenhass zu definieren. Das erinnert an Theorien von Terrorexperten wie Bruce Hoffman, die Rassismus und Antisemitismus als geistige Viren betrachten, die heute nicht zuletzt im Internet flottieren und sich dann bei besonders dafür anfälligen Leuten festsetzen.

Bei Antisemitismus ist so besonders verwirrend und empörend, dass diese Denkweise sich über alle Grenzen zwischen Kulturen,

Geschichte und Regionen hinweg bei allen möglichen Menschen festsetzen kann.

Laut Hoffman wirkt Antisemitismus auch als Kitt, um etwa den Rassenhass auf Schwarze hier mit anderen Ressentiments zu verbinden. Antisemitismus schafft Gemeinsamkeit unter Hassern und kann eine politische Basis mobilisieren.

An Ihrem Buch fällt jedoch auf, dass Sie die Tagespolitik meiden. Dabei gäbe Donald Trump mit seinen zunehmend aggressiven Reden über Juden, die ihn angeblich mit ihrer Loyalität zu den Demokraten den Wahlsieg kosten könnten, dazu reichlich Material her. Kommentare über Politiker gehören nicht zu meiner öffentlichen Rolle. Für mich ist Judentum die erste, grundlegende Ebene meiner Identität. Dass ich eine Frau bin, Rabbinerin oder politische Überzeugungen habe, ist nachgeordnet. Das ist nicht jedermanns Perspektive. Aber historisch waren bestimmte Parteien während bestimmter Zeiten gut für Juden – oder auch nicht. Von daher gehört eine politische Flexibilität zum Judentum.

... das Sie als eine moralische und prinzipielle Grundlage Ihrer Existenz sehen?

Als meinen Standort. Judentum ist für mich keine politische Linse, sondern das Fundament meiner sämtlichen Entscheidungen, ob in der Politik oder im Leben. Antisemitismus kommt heute von links und rechts, wobei die Rechte direkt in der Tradition der Nazis steht. Rassistischer Judenhass war zentral für deren Ideologie. Aber ich habe mein Buch geschrieben, um Juden gerade über Antisemitismus in linken Kreisen in ihrem Glauben und ihrer Identität zu bestärken. Denn von daher kamen die Anstösse für das Buch. Ich habe zehn Jahre lang immer wieder von Bekannten oder Gemeindemitgliedern über feindselige Äusserungen oder Verhaltensweisen von links an Schulen, Unis, im Berufsleben oder beim persönlichen Umgang gegenüber Juden gehört. Darüber wurde kaum gesprochen. Aber wenn ich das selbst erwähnt habe, brachen diese Geschichten geradezu aus Leuten heraus. Das Buch will darauf Antworten bieten.

«Judentum ist für mich keine politische Linse, sondern das Fundament meiner sämtlichen Entscheidungen, ob in der Politik oder im Leben.»

Vor zehn Jahren hatte Amerika die grosse Rezession und das Platzen der Immobilienblase 2007–2009 mit dramatischer Arbeitslosigkeit gerade überwunden. Haben diese wirtschaftlichen Probleme Judenhass angeheizt?

Das ist eine geläufige Erklärung und mag schon zutreffen. Aber ich kann dazu letztlich keine umfassende Antwort geben. Ich weiss nur, dass ich vor einigen Jahren auch Widerspruch geerntet habe, wenn ich von der Bima aus über wachsenden Antisemitismus gesprochen habe: Viele hielten das damals für ein längst überwundenes Problem vergangener Zeiten. Immerhin sind die Hürden vor Juden etwa beim Immobilienkauf oder dem Zugang zu Universitäten, Stellen und Clubs seit den 1970er Jahren verschwunden. Antisemitismus gab es nur noch in Holocaust-Museen oder im Kino zu sehen. Ausserdem dachten viele Juden, dieser Hass könne keine Priorität mehr sein – Klimawandel oder Hass auf Schwarze oder Frauen seien dringendere Probleme. Und darüber spreche ich natürlich auch. Aber dann habe ich etwa von Eltern gehört, dass Schulverwaltungen «Affinitätsgruppen» gründen wollten.

Also für Schulkinder aus bestimmten Milieus?

Ja – aber Gemeindemitglieder bekamen zu hören, für eine jüdische «Affinitätsgruppe» sei die Zeit noch nicht gekommen, oder das würde einen «schlechten Eindruck machen». Und dann kam der 7. Oktober und hat Antisemitismus wirklich an die Oberfläche gespült.

Aber gleichzeitig zerrt die Politik doch auch an der jüdischen Gemeinschaft. Und nicht zuletzt Donald Trump redet jüdisches Wahlverhalten und eine angeblich mangelnde Loyalität von Juden zu Israel hoch. Neuerdings will er Juden sogar die Verantwortung für eine allfällige Niederlage am 5. November zuschieben.

Das trifft sicher zu, wobei ich erneut einen hohen Anteil von bis zu 80 Prozent jüdischer Stimmen für die Demokraten erwarte. Aber gleichzeitig ist es schon irritierend, dass Juden bei diesen Wahlen derart in den Schlagzeilen stehen. Als ob wir das Zentrum des Universums bildeten und als ob Gaza der einzige Kriegsschauplatz sei – und es keine Konflikte im Sudan oder der Ukraine gäbe. Aber in der Politik werden Juden eben als Thema für andere Zwecke missbraucht. Und ich stehe als Rabbinerin nicht in der politischen Arena. Meine Grundlage sind die Thora und andere heilige Schriften. Das ist meine Ideologie.

Rabbinerin Diana Fersko: «We Need to Talk About Antisemitism», Seal Press 2023. Der Village Temple im Internet: www.villagetemple.org

Andreas Mink ist US-Korrespondent der JM Jüdische Medien AG und lebt im Umland von New York City.

Die laufende Eskalation nach der Liquidierung von Hassan Nasrallah, dem Einmarsch der IDF im Libanon und iranischen Raketenangriffen auf Israel macht deutlich: Trotz Differenzen ziehen die USA und Israel an einem Strang. Wenn auch mit unterschiedlichen Zielen. Von *Andreas Mink*

Washington als Freund und Helfer



Die Schlagzeile klang vertraut: «Schläge gegen die Hisbollah vertiefen Entkopplung zwischen Biden und Netanyahu» titelte etwa die «New York Times» nach der Liquidierung des Hisbollah-Chefs Nasrallah durch die israelische Luftwaffe. Aber die Idee, dass der US-Präsident schon seit dem 8. Oktober 2023 «vor Wut kocht» und zugleich «hilflos zuschaut», während der israelische Premier angeblich ohne Absprache mit ihm operiert, einen Waffenstillstand mit den Terroristen hinauszögert und die Zerstörung Gazas vorantreibt – diese Vorstellung ist spätestens seit der Liquidierung Nasrallahs nicht mehr haltbar. Zugleich ist mit dem Vortoss israelischer Truppen in den Süden Liba-

nons und den iranischen Raketenangriffen auf Israel die seit einem Jahr weithin befürchtete «Eskalation zu einem regionalen Krieg» Anfang Oktober vollends Tatsache geworden. Obwohl nun eine weitere Steigerung bis hin zu umfassenden Attacken der IDF – und womöglich der USA – auf Iran im Raum steht, heisst der Gewinner dabei bislang Israel. Teheran droht inzwischen auch mit der Zerstörung von Ölfeldern und der dazu gehörenden Infrastruktur in arabischen Golfstaaten. Aber ohne gezielte amerikanische Unterstützung weit hinaus über die 80 «Bunkerknacker-Bomben» für die Liquidierung Nasrallahs hätte es nie so weit kommen können. Dafür sprachen schon

Mit der Liquidierung von Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah Ende September holt Israel zur Zerstörung des gefährlichsten Gegners an den Grenzen aus. Ohne Unterstützung der USA wäre dies nicht möglich.

vor Monaten Berichte (auch aus der «Times») über die enge Zusammenarbeit amerikanischer und israelischer Spezialisten bei der Jagd auf den Hamas-Kommandeur Sinwar in den Tunneln von Gaza.

Die Kehrtwende

Dabei war die Auslösung eines regionalen Kriegs zwischen Israel und der in Teheran zen-

trierten «Achse des Widerstandes» das eigentliche Ziel der Hamas-Attacken am 7. Oktober. Denn dass Israel «disproportional» gerade auf einen derart barbarischen Überfall mit vernichtender Gewalt reagieren würde, steht spätestens seit den 1950er Jahren als ein Grundmuster des Nahostkonflikts fest. Nur lief die Eskalation eben nicht auf die von Hamas erhoffte Schwächung oder Zerstörung des «zionistischen Gebildes» hinaus, sondern in die gegenteilige Richtung. Teheran nahm über Monate zunehmend harte und demütigende Schläge gegen eigene Militärs, den als Gast in Teheran weilenden Hamas-Chef Ismail Haniyeh, Nuklearanlagen oder die Treibstoff-Infrastruktur, aber auch systematische Attacken auf die Hisbollah und eigene Stützpunkte und Verbündete in Syrien relativ passiv hin. Israel hat derweil Gaza in eine unbewohnbare Trümmerlandschaft verwandelt und treibt die Zerstörung der palästinensischen Infrastruktur auf der Westbank voran. Dort fielen Hunderte von Palästinensern der Gewalt von Militärs und Siedlern zum Opfer, während die Angriffe der IDF auf Gaza über 40 000 palästinensische Leben gefordert haben.

All dies, während Biden «rote Linien» in Gaza zog und dann wieder vergessen hat und Tony Blinken durch die Region flog, um einen Waffenstillstand in Gaza, die Freilassung der Geiseln und neuerdings eine «Deeskalation» an der Nordgrenze Israels zu vermitteln. Gleichzeitig hat Washington synchron mit dem Vorgehen der IDF eine immense Militärmacht in der Region aufgefahren, Israel mit Waffen für die zunehmende Eskalation versorgt und Netanyahu Rückendeckung in der UNO und gegenüber internationalen Strafgerichten geboten. Diese Dissonanz durch eine «Schwäche Amerikas», sentimentale Sympathien des selbsterklärten Zionisten Biden oder die Macht jüdischer Spender und Organisationen in Washington zu erklären, ist bestenfalls albern. Eher aber so stossend wie das Hirngespinnst einer irgendwie doch noch durch Amerika in Kooperation mit «pragmatischen Palästinensern» und «weltoffenen arabischen Staaten wie dem saudischen Königreich» aufgleisbare «Zweistaatenlösung». Davon fabulierte Tom Friedman noch Stunden vor der Libanon-Invasion in der «New York Times».

Versailler Friedenskonferenz

Simpler und realistischer wäre die Erklärung, dass die Biden-Regierung und Netanyahu an einem Strang ziehen, wenn auch mit unterschiedlichen Absichten: Freie Hand in Gaza, auf der Westbank und nun womöglich auch bis zum Litani-Fluss im Libanon für Israel gegen die nachhaltige Schwächung Irans als Teil einer Amerika nicht genehmen Allianz mit China, Nordkorea und Russland. Zionisten haben die Eingliederung des wasserreichen Südlibanon inklusive der Stadt Sidon in einen jüdischen Staat in Palästina bereits 1919 auf einer vielzitierten Karte für die Versailler

«Langfristig soll dies innere Spaltungen überwinden, neuen Wohlstand schaffen und die globale Vormachtstellung Amerikas renovieren und sichern.»

Friedenskonferenz festgehalten. Dieser Entwurf sah zudem Staatsgrenzen vom Mittelmeer weit über den Jordan bis tief hinein in das heutige Königreich Jordanien und im Norden über den Golan hinaus bis nahe Damaskus vor.

Washington verfolgt derweil das grössere Ziel, das Vordringen einer Zweckallianz aus Iran, Russland und China zu verhindern und obendrein der Region und der übrigen Welt die Dominanz amerikanischer Rüstungstechnologie und Militärmacht zu demonstrieren. Dies geht aus einem aktuellen Grundsatz-Essay von Blinken in «Foreign Affairs» über die Aussenpolitik der Biden-Regierung als Restauration der amerikanischen Hegemonie weltweit gegen die «revisionistischen Mächte Russland, Nordkorea, Iran und China» hervor. Blinken nennt dabei als erstes Ziel die Erneuerung der «militärischen Überlegenheit» der USA weltweit. Klingt dies für einen Chefdiplomaten merkwürdig, so trifft die Betonung des Militärs das Agieren Amerikas vor allem seit 9/11 im Kern.

Denn eigentlich hat der «Global War on Terror» nie aufgehört. Dabei nahmen die Neocons um den jüngeren Bush frühzeitig auch die Islamische Republik ins Visier. Netanyahu hat sich 2002 an einem seiner Auftritte vor dem US-Kongress für die Irak-Invasion stark gemacht, die nicht allein das Atomarsenal Saddam Husseins unschädlich, sondern auch einen «Aufstand junger Iraner gegen die Despoten im Nachbarland auslösen» würde (<https://www.vox.com/2015/2/26/8114221/netanyahu-iraq-2002>). Tatsächlich hat der Einmarsch den stärksten Gegner Teherans in der muslimischen Welt beseitigt und der Islamischen Republik ganz neue Spielräume eröffnet, angefangen von Landverbindungen über Irak nach Syrien und den Libanon. Blinken sieht dennoch keinen Anlass für Diplomatie. Zumindest verliert er in seinem neuen Essay kein Wort zu einem umfassenden Ausgleich mit Iran im Zusammenhang mit einer langfristigen Befriedung des Nahen und Mittleren Ostens, die natürlich ohne Einbeziehung Chinas und Russlands niemals zu erreichen wäre.

Angesichts des Debakels der USA in Afghanistan, den niederschweligen Konflikten mit Schiiten-Milizen im Irak oder dem eskalierenden Schlagabtausch mit den Huthis wirkt dieses auf Dominanzstreben gebaute Konzept als Garant für endlose, zermürbende Konfrontationen. Damit sind die USA selbst nicht gut gefahren. Schliesslich hat Trump aus seiner Verdammung der «Forever Wars» nach 9/11 sehr viel Energie und Zuspruch bei der amerikanischen Bevölkerung gezogen. Aber statt Stärke bei Militär, Technologie und Wirtschaft als Hebel für Diplomatie fruchtbar zu machen, bleibt amerikanische Hegemonie für Biden und Blinken (und wohl auch Kamala Harris) anscheinend der Leitstern.

Denn vor dem 7. Oktober wurde dieser auf den Zweiten Weltkrieg zurückgehende und in den 1970er Jahren durch die «Carter-Doktrin» festgeschriebene Hegemonialanspruch gerade in Nahost zunehmend bedroht: durch eine womöglich von China vermittelte «Normalisierung» zwischen Iran, den Saudis und anderen arabischen Staaten wie Ägypten; die Rückkehr Syriens in die Arabische Liga; zunehmend enge Verbindungen Chinas mit Iran, aber auch arabischen Ölstaaten – und Israel –; sowie die immer intensivere Kooperation Teherans mit Moskau auf dem Rüstungssektor für den Ukraine-Krieg. Womöglich sehen Entscheidungsträger in Washington ihre Unterstützung für Israel auch als Mittel, den jüdischen Staat von Alleingängen in Richtung engerer Zusammenarbeit mit China auf wirtschaftlichem Gebiet abzuhalten. Denn wenn das Nachspiel des 7. Oktober eines klar gemacht hat, dann die militärische Abhängigkeit Israels von den USA.

Zurückhaltung für Endspurt

Was den Iran angeht, so liesse sich die monatelange Zurückhaltung durch den Schock einer tiefen Durchdringung des eigenen Systems durch israelische und amerikanische Geheimdienste und die Erkenntnis erklären, dass die «Achse des Widerstandes» den USA und Israel militärisch in keinsten Weise gewachsen ist. Dazu könnte aber die Kalkulation gekommen sein, durch Zurückhaltung die für einen Endspurt zu Atomwaffen notwendige Zeit kaufen zu können. Dies wurde natürlich auch in Israel gesehen und erklärt die Videobotschaft Netanyahus an das «persische Volk» wenige Stunden vor der Bodeninvasion im Libanon, wonach dem «Regime» ein unerwartet baldiges Ende drohe und danach ein allseits erquicklicher Friede in der Region einziehen werde. Die Botschaft klingt auch wie ein fernes Echo seines Plädoyers für die Irak-Invasion vor 22 Jahren.

Von daher war eine weitere Eskalation der israelischen Angriffe auf die Hisbollah im Libanon und womöglich bald auch auf das von Iran und Schiiten-Milizen gestützte Assad-Regime in Syrien zu erwarten. Dies mit dem Ziel, doch noch eine militärische Reaktion Irans aus- →

zulösen – und dann zur Zerstörung der Atom-
anlagen und womöglich zum Regimewechsel
anzusetzen. Attacken Israels auf Syrien laufen
bekanntlich seit Jahren, werden aber seit dem
Frühjahr immer härter. Laut unbestätigten Be-
richten auf Social Media gipfelte dies Ende Sep-
tember womöglich in der Liquidierung des Ge-
neralmajors Maher al-Assad durch einen
Luftangriff. Der Bruder des Präsidenten war
einer der brutalsten Kommandeure im Bürger-
krieg und wirkte dabei eng mit Iran zusammen
(<https://x.com/RealBababanaras/status/1840591213163954510>).

Damit steht die Frage nach der Haltung
Russlands und Chinas im Raum. Denn es
kann beiden Mächten nicht passen, dass die
USA und Israel der Islamischen Republik die
Krallen stutzen oder sogar einen Regime-
wechsel betreiben. Bemerkenswert ist hier
zudem das immer noch relativ zurückhal-
tende Agieren Bidens bei Waffenlieferungen
an die Ukraine. Aber eine Einhegung und
Schwächung Russlands unter Vermeidung ei-
nes direkten Grossmachtkonfliktes stünde in
der Tradition des Kalten Krieges, mit der Bi-
den aufgewachsen ist. Dass er seit seiner
Amtsübernahme nach diesem Muster global
eine neue Frontbildung gegenüber China und
mit Beijing liierten Staaten betreibt, liegt auf
der Hand. Dazu zählen auch die immensen
Investitionen in die Modernisierung der ame-
rikanischen Infrastruktur und des High-
Tech-Sektors, die Biden kunstvoll im US-Kon-
gress durchgesetzt hat. Langfristig soll dies
innere Spaltungen überwinden, neuen Wohl-
stand schaffen und die globale Vormachtstel-
lung Amerikas renovieren und sichern. Genau
diese Zusammenhänge legt Blinken nun in
seinem Essay dar.

Flüchtlingswelle aus der Levante

So braucht es wenig Fantasie, um bald auch
einen Schwenk der israelischen Offensive ge-
gen Syrien zu erwarten. Geht man einen
Schritt zurück und nimmt dazu die Verhee-
rung Gazas, den dramatisch zunehmenden
Druck auf die Palästinenser in «Judäa und
Samaria» und die immer lauter werdenden
Rufe von Nationalreligiösen nach einer Vertrei-
bung der Araber in den Blick – dann erscheint Syrien
zudem als einzig denkbare Ziel für einen
«Transfer» von Palästinensern aus dem Land
«zwischen Meer und Fluss». Auf der von
Netanyahu neuerdings gezeigten Karte der
Region sind die Palästinensergebiete in Cisjor-
danien bereits nicht mehr eingezeichnet.
Assad könnte sich gegen einen solchen «Trans-
fer» kaum wehren. Aber bereits die Massen-
flucht von Libanesen aus dem Süden ihres
Landes macht eine neue Flüchtlingswelle aus
der Levante nach Europa denkbar.

Kommen dazu Hunderttausende vertrie-
bener Palästinenser, stünde etwa in Deutsch-
land nach den nächsten Bundestagswahlen
eine AfD- oder eine Regierung aus AfD und
dem Bündnis Sarah Wagenknecht vor an-



spruchsvollen Herausforderungen. Wie
würde eine solche nationalistisch-sozialisti-
sche Koalition einen «Schlussstrich unter den
Holocaust» mit Unterstützung Israels – und
womöglich Putins – vereinbaren? Und sollen
nur Muslime ausgeschafft werden, oder
würde auch christlich-arabischen Flüchtlin-
gen ein zwangsweiser Rückflug in die Levante
drohen?

Näher liegt indes die Frage, was Israel mit
den bisherigen Erfolgen gegen die Hisbollah
anzufangen gedenkt. Hier lohnt ein Blick auf
deren Genese. Die totalitäre Schiiten-Miliz mag
vor 40 Jahren im armen Süden des Libanon mit
Unterstützung der jungen, damals schwer von
Saddam Husseins Irak (der von den USA und
anderen Nato-Staaten unterstützt wurde) be-
drängten Islamischen Republik entstanden
sein. Aber ohne die erste Libanon-Invasion Is-
raels hätte ein solcher auf Glaube und Opferbe-
reitschaft fundierender «Widerstand» keine
Massenbasis entwickeln können. Damit hat die
«Partei Gottes» Israel zur Jahrtausendwende

**«Eine nachhaltige
Schwächung oder gar
Zerstückelung des
Libanon und auch
Syriens könnte
zumindest die Türkei
auf den Plan rufen.»**

**Das israelische Luftabwehrsystem Iron Dome
fängt über der Küstenstadt Haifa Raketen der
Hisbollah aus dem Libanon ab.**

schliesslich zum Abzug bewegt. Netanyahu
doppelt hier also auch nach und versucht, den
durch Israels Handeln angestossenen «Wider-
stand» doch noch zu brechen. Ob dies fruchtet
oder früher oder später eine weitere Nachdop-
pelung «notwendig» wird, hängt jedoch nicht
allein von Israel ab. Denn eine nachhaltige
Schwächung oder gar Zerstückelung des Liba-
non und auch Syriens könnte zumindest die
Türkei auf den Plan rufen.

Denn dort bleibt die Zerstückelung des Os-
manischen Reiches nach dem Ersten Welt-
krieg unvergessen. Von der nun syrischen Pro-
vinz Alexandretta am Mittelmeer über
Kurdengebiete entlang der heutigen Süd-
grenze bis hin zur ehemaligen Provinz Mosul
im Irak könnten «revisionistischen» Gebiets-
ansprüchen und -Eroberungen keine Grenzen
gesetzt sein. Das durch das Sykes-Picot-Ab-
kommen von 1916 geschaffene Staatensystem
in Nahost stünde damit vor dem Zusammen-
bruch. Zu dessen Neuordnung dürfte sogar
einem von Grund auf renovierten Amerika die
Kraft – oder auch nur das Interesse – fehlen.
Vorderhand bleiben jedoch die konkreten
Ziele von Biden und Blinken in der laufenden
Krise unklar: Steht ein Regimewechsel in Te-
heran auf dem Programm oder nicht?

*Andreas Mink ist US-Korrespondent der JM Jü-
dische Medien AG und lebt im Umland von New
York City.*

Die messianische Machtübernahme beginnt mit Geschlechtertrennung. In Tel Aviv findet sie bereits statt – und hat viel mit den aktuellen geopolitischen Entwicklungen zu tun. Von Yofi Tirosh

Im Windschatten der Kriege

In der Woche vor dem mörderischen Angriff der Hamas auf die Grenzgemeinden des Gazastreifens am 7. Oktober gab es in Israel eine grosse Kontroverse. Es ging um die Angst vor Zusammenstössen während der bevorstehenden Simchat-Thora-Feierlichkeiten, die wegen des Kriegsausbruchs nicht stattfanden. Etwa zwei Wochen vor diesem Fest hatten die Jom-Kippur-Gebete in Tel Aviv die politischen Spannungen zwischen den Demonstranten, die gegen Netanyahu protestierten, und den Anhängern des Ministerpräsidenten deutlich gemacht. Erstere waren seit Monaten auf die Strasse gegangen, um gegen die Versuche der Regierung zu protestieren, den Obersten Gerichtshof zu kastrieren und die Gewaltenteilung auszuhöhlen. Die Basis der Koalition hingegen unterstützte – und unterstützt auch weiterhin – die Justizreform, die, sollte sie er-

folgreich sein, die Annexion der besetzten Gebiete beschleunigen, die Befreiung der Charedim (ultra-orthodoxen) Männer von der Wehrpflicht aufrechterhalten und den Einfluss des religiösen Rechts auf Frauen und LGBTQ-Personen verstärken würde.

Am vergangenen Jom Kippur beantragte eine gemeinnützige Organisation namens Rosh Yehudi (wörtlich: jüdischer Geist) eine Genehmigung für die Abhaltung von Jom-Kippur-Gebeten auf dem Dizengoff-Platz in Tel Aviv – dem symbolischen Herzen der Stadt. Sie beantragte die Erlaubnis, den öffentlichen Strom zu nutzen, Stühle aufzustellen und den Betrieb des berühmten Yaacov-Agam-Brunnens auf dem Platz während des Feiertags einzustellen, damit die Teilnehmer den Gottesdienst ohne Mikrofon hören können. An der Spitze von Rosh Yehudi steht Israel Zaira, ein

sozialer Aktivist und Immobilienunternehmer, der für die jüdische Übernahme gemischter jüdisch-arabischer Städte wirbt und damit prahlt, dass er stolz darauf ist, Israel zu «religiösieren».

Eilige Verfassung

Die Stadtverwaltung von Tel Aviv-Jaffa akzeptierte die Anträge von Zaira unter einer Bedingung: Während der Gebete darf es keine Mechitza geben – die physische Trennwand zwischen Männern und Frauen, die in or- →

Der Protest gegen den geschlechtergetrennten Jom-Kippur-Gottesdienst im vergangenen Jahr, organisiert von der gemeinnützigen Organisation Rosh Yehudi auf dem Dizengoff-Platz in Tel Aviv. Die Gruppe versuchte, das Mechitza-Verbot mit einer behelfsmässigen Barriere zu umgehen.



FOTO: TOMER APPELBAUM

thodoxen Synagogen verwendet wird. Eine Petition gegen die Weigerung Tel Avivs, die Mechitza zuzulassen, wurde von einer neuen und unbekannten Organisation namens Forum für Freiheit und Menschenwürde in Israel wenige Tage vor Jom Kippur eingereicht. In einer eilig verfassten Entscheidung, einen Tag vor Beginn des Feiertags, bestätigte der Oberste Gerichtshof die Politik Tel Avivs und betonte, dass es nicht um die Freiheit der Religionsausübung gehe, sondern vielmehr um die Natur des öffentlichen Raums in Israel. Es gebe mehr als 500 orthodoxe Synagogen in Tel Aviv, schrieb das Gericht. Daher «geht es in diesem Fall nicht um das Gebet in einer Synagoge, sondern um das Gebet in einem öffentlichen Raum, an einem der zentralsten Orte der Stadt Tel Aviv – dem Dizengoff-Platz... Eine Mechitza in einer Synagoge kann nicht auf die gleiche Weise behandelt werden wie eine Mechitza auf einem öffentlichen Platz, daher können wir die Behauptung des Beschwerdeführers nicht akzeptieren, dass eine Synagoge nicht weniger ein «öffentlicher Raum» ist als der Dizengoff-Platz.»

Die Gebete, die dort am Vorabend von Jom Kippur stattfanden, waren von herzerreissenden Zusammenstößen geprägt. Rosh Yehudi versuchte, das Mechitza-Verbot zu umgehen, indem er eine behelfsmässige Barriere in Form eines mit israelischen Flaggen besetzten Seils verwendete, um Frauen von Männern abzusperren. Um das Feuer weiter zu schüren, schickte Rosh Yehudi ultrareligiöse Siedler aus der Siedlung Kiryat Arba und ihrer Umgebung mit Bussen zum Platz. Wie eine Reihe ähnlicher Organisationen, die in ganz Israel tätig sind, erklärt Rosh Yehudi offen, dass es nicht ihr Ziel ist, die unterschiedlichen Elemente der israelischen Gesellschaft einander näher zu bringen, sondern vielmehr die Herzen und Köpfe der säkularen Israelis zu gewinnen und sie für ihr extremistisches Verständnis des Judentums und ihre enge Auslegung der religiösen Praxis zu gewinnen.

Für viele Liberale in Tel Aviv spiegelt die Kontroverse über die Geschlechtertrennung an Jom Kippur im vergangenen Jahr eine Spaltung wider, die viel umfassendere und tiefere Weltanschauungen berührt. Diese Menschen sahen in der Initiative von Rosh Yehudi einen vorsätzlichen Angriff auf ihre Lebensweise und erkannten die Absichten und Handlungen der Organisation zu Recht als offenkundige und entschlossene Bemühungen, die Ideologie des messianischen Judentums einzuflössen und den Einfluss des religiösen Gesetzes und des konservativen Wertesystems, in dem Sexismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit verankert sind, zu normalisieren und auszuweiten.

Unter dem Radar

Bis vor kurzem hat der anhaltende Krieg in Gaza diese Kontroverse an den Rand des öffentlichen Bewusstseins gedrängt. Eine kürz-

lich von Rosh Yehudi eingereichte Petition, in der das Bezirksgericht die Gemeinde auffordert, geschlechtergetrennte Gebete an Jom Kippur, das nächste Woche stattfindet, zuzulassen, hat das Thema jedoch wieder ins nationale Bewusstsein gerückt. In der Erkenntnis, dass viele Synagogen an Jom Kippur überfüllt sein werden, weil viele Israelis an diesem Tag den Gottesdienst besuchen wollen, auch wenn sie dies das ganze Jahr über nicht regelmässig tun, antwortete die Gemeinde auf den jüngsten Antrag von Rosh Yehudi, Gebete auf dem Dizengoff-Platz abzuhalten, indem sie erklärte, dass getrennte Gottesdienste im Freien im Hof einer Synagoge erlaubt sind, wenn diese voll ist, aber nicht bei eigenständigen Veranstaltungen wie auf dem Platz.

Die Frage der Trennung zwischen männlichen und weiblichen Gläubigen durch eine Barriere auf dem Stadtplatz ist somit zu einem Brennpunkt in der heftigen Debatte über das Wesen und die Natur des Lebens im Staat Israel geworden.

Seit 2000 hat die Geschlechtertrennung in Israel stetig zugenommen. Diese Praxis beschränkt sich nicht mehr nur auf religiöse Hochzeiten und Schulen oder auf öffentliche Verkehrsmittel, die die charedischen Gemeinden bedienen, sondern die Regierung hat die Geschlechtertrennung institutionalisiert, um Charedi-Männer leichter in den Arbeitsmarkt zu bringen und ihre Einberufung in die israelischen Verteidigungskräfte zu fördern. Heutzutage bieten Hochschulen subventionierte Studiengänge an, in denen Charedi-Männer und -Frauen auf getrennten Geländen studieren, weibliche Professoren dürfen keine männlichen Studenten unterrichten, und die Kleidung der Studentinnen wird auf «Sittsamkeit» kontrolliert. Auch der öffentliche Dienst bietet Charedi-Männern und -Frauen eine getrennte Berufsausbildung, und die Kommunen finanzieren Veranstaltungen und Konzerte, für die Charedi-Frauen und -Mädchen nur Karten für die hinteren Reihen oder den Balkon kaufen können. Netanyahus Koalition,

«Sowohl in öffentlichen Debatten als auch in der Knesset und vor Gericht haben religiöse Führer immer wieder beklagt, dass es immer schwieriger geworden sei, im jüdischen Staat ein frommer Jude zu sein. Das Gegenteil ist der Fall.»

die von religiösen Parteien dominiert wird, hat die Geschlechtertrennung auch in Parks und anderen öffentlichen Räumen ausgeweitet und normalisiert.

Vor Jom Kippur 2023 war die Geschlechtertrennung während der Gebete – im Gegensatz zu anderen Aktivitäten – eine rein religiöse Angelegenheit; die Debatten darüber fanden innerhalb der Religionsgemeinschaften statt. In der Tat wurde im letzten halben Jahrhundert die Notwendigkeit der Mechitza in der Synagoge von religiösen Feministinnen diskutiert, die ihre Höhe und Undurchsichtigkeit – und manchmal sogar ihre Anwesenheit – anzweifeln.

Das israelische Recht betrachtet die Geschlechtertrennung in Synagogen und anderswo als einen Aspekt der Religionsfreiheit, der geschützt werden muss. So hat der Oberste Gerichtshof in seinem Urteil aus dem Jahr 2021 über die Verfassungsmässigkeit getrennter akademischer Programme festgestellt, dass ein Brauch umso stärker gesetzlich geschützt werden sollte, je näher er dem Kern der religiösen Praxis steht.

Sowohl in öffentlichen Debatten als auch in der Knesset und vor Gericht haben religiöse Führer immer wieder beklagt, dass es immer schwieriger geworden sei, im jüdischen Staat ein frommer Jude zu sein. Das Gegenteil ist der Fall. Die Freiheit, in den Zehntausenden von orthodoxen Synagogen des Landes, die (im Gegensatz zu konservativen oder reformierten Synagogen) vom Staat finanziert werden, geschlechtergetrennte Gottesdienste abzuhalten, die Freiheit, Männer und Frauen in Hochschulen zu trennen, und die getrennten Öffnungszeiten für Männer und Frauen an öffentlichen Stränden und Schwimmbädern – nichts davon ist in Gefahr. Auch das Recht, wie religiöse Menschen eine Kopfbedeckung zu tragen, wird nicht in Frage gestellt, obwohl gelegentlich das Gegenteil behauptet wird.

Was derzeit in Israel bedroht ist und bis vor Kurzem in der israelischen Gesetzgebung und Gesellschaft fest verankert war, ist die Fähigkeit eines Menschen, sein Leben in Würde und unter Bedingungen zu führen, in denen er unabhängig von seinem Geschlecht oder seiner sexuellen Identität gleiche Chancen geniesst. Die eigentliche Frage ist nun: Wie werden sich israelische Männer und vor allem Frauen im öffentlichen Raum verhalten können – auf Gehwegen und Plätzen, in Zügen und Bussen, in Klassenzimmern und Büros?

Eine Frage der «moralischen Reinheit»

Zwischen Rosch Haschana und Jom Kippur im vergangenen Jahr sprach die Abgeordnete Limor Son Har-Melech von der rechtsextremen Partei Otzma Yehudit auf einer Veranstaltung im Namen von Amiram Ben-Uliel, dem jüdischen Terroristen, der 2015 für den Brandanschlag verurteilt wurde, bei dem drei Mitglieder der Familie Dawabsheh ums Leben kamen, und der zu dreimal lebenslänglich plus



20 Jahren verurteilt wurde. Ihre Rede verdeutlichte die Verbindung zwischen der jüdischen Vorherrschaftsideologie und der Kampagne zur Förderung der Geschlechtertrennung und der «Bescheidenheit» von Frauen: «Ich weiss, dass Amiram unschuldig ist. Ich habe Amiram besucht, und dieser Heilige, dieser heilige Heilige, hat sich nicht nur geweigert, mich zu sehen. Ich hatte einen anderen Mann mitgebracht, um mit ihm im selben Raum zu sein, und ich stellte mich einfach hinter ihn und versteckte mich. Keine weibliche Gefängniswärterin, wenn er durch den Korridor geht, keine weibliche Gefängniswärterin ist anwesend. Und ich finde es so schön, diese Heiligkeit und Frömmigkeit, und es zeigt einem wirklich, wer dieser Mann ist... Dieser heilige Mann, von dem ich wirklich glaube, dass er für das ganze Volk Israel leidet.»

Im vergangenen Jahr haben die für die Geschlechtertrennung eintretenden Kräfte in Israel den Ausnahmezustand ausgenutzt, um ihre repressiven Botschaften zu verstärken und ihre konservative Vision des Staates zu bekräftigen.

Für Son Har-Melech ist das «schöne» Beharren des Mörders darauf, keine Frauen an-

zuschauen oder in irgendeiner Weise mit ihnen zu interagieren, ein Beweis für seine moralische Reinheit. Sie betont diese Dinge, weil sie weiss, dass sie beim Publikum ankommen und dazu beitragen werden, es von seiner Rechtschaffenheit und Unschuld zu überzeugen.

Schleichender Prozess

Nicht lange danach, nach dem Jom-Kippur-Debakel in Tel Aviv, brach in der Stadt eine weitere Kontroverse aus. Am 5. Oktober, dem Vorabend von Simchat Thora, fand vor dem Obersten Gerichtshof eine Anhörung statt, bei der es um die Weigerung der Stadtverwaltung ging, der gemeinnützigen Organisation Rosh Yehudi zu gestatten, in der Stadt geschlechtergetrennte Hakafoth – festliche Feiertagsumzüge – abzuhalten. Als er den Gerichtssaal betrat, sagte Israel Zaira gegenüber der religiösen Website Arutz Sheva: «Wir werden im Einklang mit dem Gesetz handeln. Aber jedes Gesetz, das Schranken zwischen Männern und Frauen verbietet, ist ein unmoralisches Gesetz, das aus der Welt verschwinden wird. Es handelt sich um ein anmassendes Gesetz, das religiösen Menschen ihren

Ein getrennter Auftritt des Charedi-Sängers Motty Steinmetz in Afula. Abgeschottete Gemeinschaften wollen ihre Bräuche der gesamten Gesellschaft aufzwingen.

Glauben diktieren will und sich anmass, die «veralteten Orthodoxen» in die Tugendhaftigkeit der neuen Religion des aufgeklärten Progressivismus umzuerziehen.

Wir werden niemals zulassen, dass sie uns Gesetze aufzwingen, die der Thora widersprechen... Mein Respekt für meine Frau und die Bescheidenheit, die sie an den Tag legt, um zu beten oder zu tanzen, ohne dass Männer sie anstarren, ist viel grösser als die falsche und eingebildete Gleichheit, die eine laute und zwanghafte Minderheit uns jetzt aufzwingen will.»

Seit den ersten Kriegsmonaten bemühen sich religiöse Führer, das durch den Krieg verursachte Trauma zu nutzen, um ihre geschlechterfeindliche Agenda voranzutreiben, wobei sie diese Agenda als im Einklang mit der Halacha (dem jüdischen Gesetz) stehend darstellen, sie aber in Wirklichkeit ausnutzen, um eine marginale und verzerrte Vision →

des patriarchalen, fundamentalistischen und messianischen Judentums zu präsentieren.

Am 12. Oktober, fünf Tage nach dem Hamas-Massaker, veröffentlichte Prof. Yoel Elitsur, ein Bibelwissenschaftler und einer der Gründer der Siedlerbewegung Gush Emunin, einen Artikel auf Srugim, einer religiös-zionistischen Website (der Artikel wurde später entfernt). Elitsur schrieb, das Abschlagen der Grenzgemeinden des Gazastreifens habe stattgefunden, weil Gott «keine andere Wahl blieb», und fügte hinzu: «Der Heilige, gepriesen sei er, hat einen festen Plan... Und er wird nicht aufgeben – nicht dieses Land oder Teile davon, nicht das Volk und auch nicht seine Bestimmung als heiliges Volk und als Licht für die Völker. Was wird Gott jetzt tun, da sich in Israel bedauerlicherweise Kräfte erhoben haben... Kräfte, die die Eitelkeit wählen und sexuelle Abscheulichkeiten fördern und Frauen als Männer darstellen?»

Im ultrareligiösen Lexikon bezieht sich der Ausdruck «Frauen als Männer darstellen» auf jede noch so kleine Praxis oder Erscheinung, die etablierte Geschlechterkonventionen in Frage stellt: von langhaarigen Männern und Frauen, die eine Hose tragen, bis hin zu Transgender-Personen. Die Kampagne der extremistischen religiös-zionistischen Rabbiner gegen Begriffe wie «Postmoderne» und «Fortschritt», die sie zu Schimpfwörtern erklärt haben, ist ein Kampf gegen jede vermeintliche Abweichung von einem äusserst starren, essentialistischen Konzept, demzufolge Frauen und Männer von Natur aus und nach Gottes Willen streng definierte Eigenschaften, Rollen und Funktionen haben.

Diese Kampagne wird auch in Zeiten des Krieges fortgesetzt. Im vergangenen Jahr haben die für die Geschlechtertrennung eintretenden Kräfte in Israel den Ausnahmezustand ausgenutzt, um ihre unterdrückerischen Botschaften zu verstärken und ihre konservative Vision des Staates zu bekräftigen. Indem sie die Frage der nationalen Sicherheit mit «Familienwerten» verknüpfen, fördern sie die geschlechtsspezifische Doktrin des religiösen Nationalismus. Am 19. Oktober, als klar wurde, dass Israel tief in einen Krieg verwickelt war, appellierte Rabbi Snir Gueta, ein ehemaliger Fussballspieler, in einem TikTok-Video: «Liebe Mädchen, unsere Rettung liegt in den Händen von rechtschaffenen Frauen; unsere Rettung liegt in euren Händen. Wir wollen eine Kampagne des Schredderns starten, um eine Verurteilung [ein Wortspiel auf Hebräisch] zu verhindern. Jede Tochter Israels, die sich mit Gottes Hilfe verpflichtet, ihre unbescheidenen Kleider, kurzen Hosen, knappen Unterhemden usw. zu zerreißen... Um die Soldaten und die Geiseln zu schützen und zu bewahren... Denke daran – wenn du dich selbst disziplinierst, hält der Heilige, gepriesen sei er, dank dir die Strafe zurück.»

Daraufhin teilten junge Frauen Hunderte von Videos, in denen sie diesem Aufruf folgten. «Ich habe ein Kleidungsstück zerrissen, ich tue mein Bestes»; «Ich habe alle meine unbescheidenen Kleider zerrissen, mit Gottes Hilfe werde ich einen weiteren Soldaten retten».

Politik und Sirene

Diese Kampagne zur Förderung der geschlechtsspezifischen Unterdrückung war nicht auf TikTok beschränkt und hat sogar Leben gefährdet. Bei einem Vorfall durften Frauen während einer Luftschuttsirene in Tel Aviv einen als Synagoge genutzten Luftschutzkeller nicht betreten. Bei einem anderen Vorfall, bei dem ein Bunker zur Synagoge umfunktioniert wurde, wurden die Frauen angewiesen, im Flur draussen zu bleiben, wo sie den herabfallenden Raketen stärker ausgesetzt waren.

Eine gängige Reaktion auf die hier skizzierten Trends besteht darin, sie als vernachlässigbar und anekdotisch abzutun oder zu behaupten, dass die Konzentration auf sie die Aufmerksamkeit von den zentralen Problemen ablenkt, mit denen die israelische Gesellschaft derzeit konfrontiert ist. Es war schon immer leicht, geschlechtsspezifische Fragen zu trivialisieren, doch dies ist ein schwerer Fehler, den israelische Liberale immer wieder begangen haben und der dazu führte, dass sie die Entschlossenheit ihrer illiberalen und politisch extremistischen Gegner unterschätzten. So haben säkulare Israelis beispielsweise nicht bemerkt, dass die Lehrpläne für Sozialkunde in den Schulen ihrer Kinder von rechtsgerichteter und religiöser Propaganda übernommen wurden. Die gleiche Kurzsichtigkeit zeigt sich auch darin, dass die Liberalen die zentrale Bedeutung von Fragen der Geschlechter und der Sexualität in der Ideologie derjenigen nicht erkennen, die versuchen, Israels Demokratie zu sabotieren.

Förderung konservativer Werte

Die rechtsextreme Regierung Netanjahu hat es unmöglich gemacht, diese Themen zu ignorieren oder ihre Bedeutung zu leugnen. Ein grosser Teil ihrer Agenda ist der Förderung von Gesetzen und politischen Massnahmen gewidmet, die den Rechten, der Gleichstellung und der Autonomie von Frauen und LGBTQ-Personen schaden würden. Die Koalitionsvereinbarungen zielen darauf ab, den Einfluss der Halacha auf das tägliche Leben zu verstärken, die Instrumente und Ressourcen für den Rechtsschutz gegen sexuelle Gewalt zu minimieren, Lehrpläne zur Förderung der Gleichstellung zu zensieren und konservative Familienwerte zu fördern. Rechtsgerichtete Gesetzgeber verstärken ihre Bemühungen, die Geschlechtertrennung zu legalisieren, Geschäftsinhabern zu erlauben, Dienstleistungen zu verweigern, die ihrem religiösen Glauben widersprechen, und die Zuständigkeit des

rabbinischen Rechts und der rabbinischen Gerichte zu erweitern.

Die Koalitionsvereinbarungen sind nicht nur erstrebenswert. In den ersten zwei Monaten ihrer Amtszeit nach den Wahlen 2022 hat die Regierung ihre Ernsthaftigkeit in Bezug auf geschlechtsspezifische Fragen auf vielfältige Weise unter Beweis gestellt. Erstens hat die derzeitige Regierung einen Rekordtiefstand bei der Zahl der Ministerinnen, Generaldirektorinnen und Vorsitzenden von Knessetausschüssen erreicht, womit Israel in der internationalen Rangliste der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Regierung ganz unten steht. Die Regierung hat auch die Behörde für die Förderung der Stellung der Frau geschlossen und eine Reihe von hochrangigen weiblichen Beamten entlassen und durch Männer ersetzt. Sie hat Gesetze und politische Entscheidungen zur Bekämpfung sexueller Gewalt blockiert und Hunderte von Millionen Schekel an Initiativen zur «Stärkung der jüdischen Identität» überwiesen. Minister und Abgeordnete der Koalition führen in den Medien regelmässig bössartige Angriffe gegen hochrangige weibliche Beamte, darunter die derzeitige Generalstaatsanwältin, durch. Letztes Jahr ordnete der Beauftragte für den öffentlichen Dienst an, dass in Stellenausschreibungen der Regierung nur männliche Pronomen verwendet werden dürfen.

Diese Beispiele – um nur einige zu nennen – machen deutlich, dass die Beschneidung der Gleichberechtigung der Geschlechter und der sexuellen Freiheit ein zentrales Anliegen dieser Regierung und Teil ihres Plans zur Umgestaltung der israelischen Gesellschaft ist. In der autoritären, patriarchalischen Gesellschaft, an der sie arbeitet, ist die Forderung nach Gleichberechtigung von Frauen und LGBTQ bereits zu einer provokanten politischen Haltung geworden.

Neue Normalität

Inzwischen hat sich eine «neue Normalität» eingestellt, in der die Rechte der Frauen ganz selbstverständlich verletzt werden können. So berichteten die Medien im Mai 2023, dass die Supermarktkette Shufersal in ihrer Filiale im von Charedim dominierten Bnei Brak Aufkleber verwendete, um die Gesichter von Frauen auf Verpackungen von Haarfarben zu verdecken. Die Kette gab zunächst zu, dass sie die Gesichter der Frauen abgedeckt hatte, fügte aber hinzu, dass dies eine angemessene Massnahme war, um den Kunden in diesem Gebiet entgegenzukommen. Es ist schwer zu glauben, dass irgendein Büro für Öffentlichkeitsarbeit es gewagt hätte, eine solche Antwort zu veröffentlichen, bevor die derzeitige Regierung an die Macht gekommen ist.

Um ihre Politik zu legitimieren, berufen sich die Befürworter der Geschlechtertrennung auf liberale Werte und Konzepte und argumentieren, dass Toleranz und Multikul-

turalismus die Akzeptanz der Trennung zwischen den Geschlechtern gebieten. Religiöse Führer machen sich diese Sprache bewusst und opportunistisch zunutze, denn sie glauben nicht daran und wenden sie in ihren eigenen Gemeinschaften nicht an. Die Liberalen verstricken sich naiv in diese Sprache.

In der Tat sind viele in der israelischen Öffentlichkeit immer noch verwirrt über die Geschlechtertrennung, als ob es sich um eine Frage der Toleranz der Mehrheit gegenüber einer kulturellen Minderheit handelt. Aber die Frage ist heute nicht, ob es angemessen ist, die Trennung zwischen den Geschlechtern und Praktiken zur Wahrung der Sittsamkeit in religiösen Gemeinschaften zu tolerieren, sondern vielmehr, ob es der religiösen Führung erlaubt sein sollte, die allgemeine israelische Öffentlichkeit umzugestalten.

Und jetzt?

Das ist es, was Charedi-Führer anstreben, wenn sie fordern, getrennte akademische Programme für Männer und Frauen in ihrer Gemeinschaft auszuweiten, um auch Masterstudiengänge einzuschliessen, und wenn sie die Charedi-Einberufung an einen Militärdienst knüpfen, der «frauenfrei» ist. Das ist es, was religiös-zionistische Basketballtrainer anstreben, wenn sie verlangen, dass Mädchen auf der Bank bleiben, wenn ihre Jungenmannschaft gegen eine gemischte Mannschaft spielt.

Politische Entscheidungsträger wie Bildungsminister Yoav Kish, Mitglieder des Rates für Hochschulbildung und das Personaldirektorat der IDF begehen einen entscheidenden Fehler, wenn sie solchen Forderungen entgegenkommen und davon ausgehen, dass sie die Zusammenarbeit und das Vertrauen der Charedim und der extrem religiös-zionistischen Öffentlichkeit und ihrer Führer gewinnen, wenn sie nur ein wenig Kompromisse bei der Gleichstellung der Geschlechter eingehen. Die Erfahrung der letzten fünfzehn Jahre zeigt jedoch genau das Gegenteil: Jedes Zugeständnis in diesen Fragen führt zu noch schärferen und weitergehenden Forderungen. Anfänglich sassen Männer und Frauen bei verschiedenen Aufführungen und Konzerten getrennt, heute sitzt man in manchen Theatersälen bereits ab dem dritten Lebensjahr in getrennten Reihen. Anfänglich gab es getrennte Bachelor-Studiengänge für Männer und Frauen, heute wird, wie bereits erwähnt, die Trennung auf der Master-Ebene gefordert. Früher gab es getrennte Badezeiten für Männer und Frauen an Stränden und in Schwimmbädern; jetzt versucht die Regierung, die Trennung an natürlichen Quellen in Nationalparks durchzusetzen.

Im Gegensatz zu diesen Beispielen von «Überanpassung» hat die Stadtverwaltung von Tel Aviv-Jaffa zu Recht den Antrag der Sängerinnen Sharon Rotter und Din Din Aviv

«Die Frage der Geschlechtertrennung ist brisant und spaltend, vor allem weil sie als eine Angelegenheit empfunden wird, die den Kern ihrer politischen und sozialen Identität betrifft.»

abgelehnt, in einem städtischen Veranstaltungsort vor einem Publikum aufzutreten, das nur aus Frauen besteht. Eine von den beiden Sängerinnen im Oktober 2023 eingereichte Klage endete vor Kurzem mit einem Vergleich, der die Durchführung des Konzerts als einmalige Veranstaltung erlaubte. Es ist wahrscheinlich, dass die Gemeinde dem Vergleich zugestimmt hat, um einen Präzedenzfall für andere Veranstaltungen mit ausschliesslich weiblichem Publikum zu vermeiden.

Der einzigartige und ermächtigende Charakter, den reine Frauenräume und -veranstaltungen haben, sollte Aktivitäten überlassen werden, die nicht von öffentlichen Mitteln abhängen. Wenn heute Männer keine Eintrittskarten für reine Frauenveranstaltungen und Konzerte kaufen können, werden morgen Frauen vom Besuch von Veranstaltungen für Männer ausgeschlossen – und das alles im Namen des sogenannten progressiven und toleranten Multikulturalismus.

In diesem Zusammenhang muss eine Klarstellung in Bezug auf die israelische arabische Gemeinschaft hinzugefügt werden, in der islamische Praktiken der Geschlechtertrennung und der Regulierung der weiblichen Sittsamkeit bei öffentlichen Veranstaltungen oft durchgesetzt werden. Die trotzigste Frage: «Warum protestieren Sie nicht dagegen, dass im öffentlichen Schwimmbad in Rahat (der grössten Beduinenstadt) Männer und Frauen nur zu getrennten Zeiten schwimmen dürfen?» wurde oft an mich und andere Aktivisten gerichtet, als wir im Laufe der Jahre gegen die Geschlechtertrennung kämpften. Sowohl uns als auch dem Staatsanwalt und dem Generalstaatsanwalt wurde eine Doppelmoral und Inkonsequenz vorgeworfen. Es wurde argumentiert, dass die Tatsache, dass sich gesetzliche Regelungen und Verfahren auf die Geschlechtertrennung in charedischen und religiösen zionistischen Gemeinden konzentrieren, auf Heuchelei und Feindseligkeit gegenüber dem Judentum hindeutet, denn – so die Ankläger – Muslimen sei erlaubt, was Juden nicht erlaubt sei.

Diese Kritik ist unbegründet. Wo die Geschlechtertrennung verboten ist, gilt sie sowohl für Juden als auch für Araber. So gilt beispielsweise das Urteil des Obersten Gerichtshofs, dass der Gemeinderat von Kiryat Arba sein Schwimmbad auch für gemischtes Schwimmen öffnen muss, auch für das Schwimmbad von Rahat, und das Verbot, bei einer Chabad-Veranstaltung im Jahr 2018, die ebenfalls Gegenstand einer öffentlichen Kontroverse und eines Gerichtsverfahrens war, eine Absperrung auf dem Rabin-Platz zu errichten, gilt auch für Absperrungen bei Veranstaltungen für die muslimische Öffentlichkeit im Charles Clore Park bei Jaffa. Die arabische Gesellschaft und ihre Führer sind jedoch nicht Israel Zaira. Zunächst einmal erfolgt die Trennung zwischen Männern und Frauen bei ihren Veranstaltungen oft spontan und ohne Barrieren, Platzanweiser oder Schilder. Noch wichtiger ist, dass die arabische Gemeinschaft nicht danach strebt, die Praxis der Geschlechtertrennung auszuweiten und sie dem Rest der israelischen Gesellschaft aufzuzwingen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Frage der Geschlechtertrennung brisant und spaltend ist, vor allem weil sie als eine Angelegenheit empfunden wird, die den Kern ihrer politischen und sozialen Identität betrifft. Jede Seite in dieser hitzigen Debatte ist der Ansicht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, dieses Thema anzugehen, und dass falsche Entscheidungen ihre Gemeinschaft, ihre Lebensweise und ihre Zukunft hier dramatisch bedrohen würden. In solchen Debatten entsteht oft der Wunsch, anzuerkennen, dass beide Seiten gute Argumente haben. Es gibt jedoch Themen, bei denen diesem Wunsch nicht entsprochen werden kann. Für manche Probleme sollte es trotz ihrer Komplexität klare und kompromisslose Antworten geben. Die Geschlechtertrennung ist eines davon.

Es ist noch zu früh, um alle Auswirkungen des derzeitigen Kampfes um das Wesen der israelischen Gesellschaft zu analysieren. Doch schon jetzt ist klar, dass der Eingriff in die Freiheit und Gleichheit von Frauen und Mitgliedern der LGBTQ-Gemeinschaften ein zentrales Mittel und Ziel der politischen Kräfte ist, die entschlossen sind, Israels Demokratie zu untergraben.

Es wäre ein schwerwiegender Fehler, die Geschlechterfrage nicht als wichtige Achse in jede Analyse der aktuellen Ereignisse und in jede Diskussion über den Charakter und die Zukunft des Landes einzubeziehen.

Dr. Yofi Tirosh ist Mitglied der juristischen Fakultät der Universität Tel Aviv und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Shalom Hartman Institut. Dieser Artikel ist ein Auszug aus Tiroshs demnächst erscheinenden Buch, das auf Hebräisch bei Berl Katznelson Press veröffentlicht wird.



Wurzeln in Ružomberok

Vladimir Roth hat das Tagebuch seiner Mutter Eva Neufeldová aus den Jahren 1940–1942 übersetzt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht – ein wertvolles Dokument für Forschung und Geschichtsinteressierte. Von *Andreas Mink*

Im April nahmen Angehörige und Freunde bei einer Feier im Temple Israel in Akron, Ohio, Abschied von Vladimir Roth, der am 19. Februar an seinem dortigen Wohnsitz im Kreis von Angehörigen einer degenerativen Lungenerkrankung erlegen war. Roth dürfte dem Publikum der Zeitschrift *aufbau* (4/2022) bekannt

sein, die im folgenden Jahr mit einem European Publishing Award ausgezeichnet worden ist. Das Heft ist dem Tagebuch von Eva Neufeldová aus den Jahren 1940–1942 gewidmet, der Mutter von Roth und seiner Schwester Tanja Lamprecht. Sie war in der kleinen Stadt Ružomberok im Zentrum der Slowakei zu-

Vladimir Roth auf einer Aufnahme aus dem Jahr 2022.

hause. Lamprecht hat das Dokument erst 2019 und damit lange nach dem Tod der Mutter im Jahr 2003 zwischen anderen Papieren entdeckt. Neufeldová war seinerzeit um die 18

und hatte ihre Eindrücke auf Russisch in einem Schulheft festgehalten.

Das Tagebuch fällt damit unter historische Dokumente, die zunehmend Beachtung finden. Roth hat den Text ins Englische und dann ins Slowakische übertragen. Er konnte nach der Publikation der kompletten deutschen Übersetzung auch die Herausgabe einer englischsprachigen Version als Buch erleben und noch Kontakte für eine Publikation in der Slowakei aufnehmen.

Bei einem Besuch in Akron wenige Tage vor seinem Hinscheiden wirkte Roth schwer von dem Lungenleiden niedergedrückt, aber gefasst und mitunter auch heiter. Er sah von dem Krankenlager auf die Wand mit Familienbildern in seinem Wohnzimmer, darunter Aufnahmen aus der klerikal-faschistischen Slowakei im Zweiten Weltkrieg. Roth kam 1947 zur Welt und die Familiengeschichte war ihm ausserordentlich wichtig. Das wurde in Akron im Gespräch mit seiner geschiedenen Frau Marta – die ihm nun als pensionierte Ärztin tatkräftig zur Seite stand – und den Söhnen Gabe und Dan erneut klar. Die Bindung an die Wurzeln in Ružomberok brachte schliesslich mit der Aufarbeitung des Tagebuches ein wertvolles Dokument für Forschung und Interessierte hervor, das Roths Andenken über Akron und seinen näheren Kreis hinaus gewährleistet.

Weg in die USA

Von Angehörigen liebevoll Vlado genannt, hatte er am Ende seiner Schulzeit 1966 dank eines unternehmungslustigen Mitschülers einen Ferienjob in Dänemark gefunden. Zwei Jahre später gingen die jungen Männer erneut für den Sommer dorthin. Nach dem russischen Einmarsch in Prag im August 1968 blieb Roth im Ausland. Das brachte ihm eine Verurteilung wegen Landesflucht zu drei Jahren Gefängnis in absentia ein. Er konnte deshalb erst Ende der 1980er Jahre seine Heimat erneut besuchen. Zunächst ging er jedoch nach Paris und kam 1969 mit Hilfe der Immigranten-Organisation HIAS nach New York City. Roth schlug sich als Gärtner durch und schloss bleibende Freundschaften, nicht zuletzt mit Jerry Fischer, der später Geschäftsführer des jüdischen Gemeindeverbandes im Südosten von Connecticut wurde und uns den Kontakt zu Roth vermittelt hat. Fischer hat seinen alten Freund seit Dezember mehrfach besucht und hielt an der Feier eine bewegendende Würdigung.

In New York hatte Roth zudem die Studentin Marta Bloch kennengelernt und am Brooklyn Polytechnic Institute studiert. Auch Bloch stammte von Holocaust-Überlebenden ab, hatte jedoch Wurzeln in Tschechien. Roth schloss 1977 einen Doktor in Technischer Mechanik ab und begann 1981 eine fruchtbare Karriere in der Forschungsabteilung von Firestone Tire & Rubber (heute Bridgestone) in Akron, wo die als Anwalt und Fotograf tätigen

«Roth kam 1947 zur Welt und die Familiengeschichte war ihm ausserordentlich wichtig.»

Söhne zur Welt kamen. Roth hat mehrere Patente erworben und trat 2014 in den Ruhestand.

Starker Zusammenhalt

Im Februar war seine Schwester Tanja aus Frankenthal zum Abschied nach Akron gekommen. Das Tagebuch hat den Geschwistern neue Seiten der Mutter offenbart. Denn obwohl Eva in den 1990er Jahren Interviews mit der Shoah Foundation geführt hat, die Ereignisse aus dem Tagebuch erwähnen, hat sie den Kindern die Existenz des Dokumentes nie enthüllt. Die 1946 geborene Lamprecht führt den starken Familiensinn der Geschwister auf die Verfolgung der Verwandten im Zweiten Weltkrieg zurück. Sie und Vlado hätten stets ein sehr enges Verhältnis gehabt. Aber der Zusammenhalt in der weiteren Familie insgesamt sei ausserordentlich stark gewesen: «Wir sind im Haus unserer Grosseltern aufgewachsen und waren viel zusammen mit deren Geschwistern und anderen Verwandten, die ebenfalls den Krieg überlebt hatten.» Später sei ihr und dem Bruder aufgegangen, wie wichtig beider Geburt für die älteren Angehörigen gewesen war: «Sie haben gerade den Krieg überstanden. Und so kurz danach haben wir als Neugeborene den Überlebenden gezeigt, dass es weitergeht.» Diese Zuneigung wurde den Geschwistern früh deutlich: «Wir haben immer irgendwie gespürt, dass wir von allen geliebt werden. Der Zusammenhang mit dem überlebten Krieg ist uns aber erst viel später bewusst geworden.»

Eine juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung der faschistischen Ära blieb im slowakischen Landesteil nach der Gründung der neuen, ab Februar 1948 von den Kommunisten als Diktatur geführten Tschechoslowakei jedoch weitgehend aus. Und schon bald wurde Antisemitismus erneut zur Staatsdoktrin. Im Herbst 1952 fanden die Slánský-Prozesse statt. Hand in Hand mit den gegen jüdische Kader und Ärzte gerichteten Schauprozessen Stalins in der Sowjetunion, begannen bei den neuen Satelliten Moskaus Verfahren gegen überwiegend jüdische Partei-Prominente wie den Parteivorsitzenden Rudolf Slánský in Prag. Mit ihm wurden 13 weitere Kader unter anderem als «zionistische und bürgerlich-nationalisti-

sche» Landesverräter angeklagt. Zehn davon waren jüdischer Herkunft. Nach dem Schuldspruch wurden Slánský und zehn weitere Angeklagte am 3. Dezember 1952 in Prag gehängt.

Karol Roth, der spätere Vater von Tanja und Vlado, hatte den Krieg nach der Niederschlagung des Slowakischen Volksaufstandes im Oktober 1944 versteckt und als Partisan überlebt. Er und Eva hatten mit Hilfe eines mutigen Priesters katholisch geheiratet und waren dann gemeinsam aus Ružomberok in die Tatra-Berge geflohen. Kurz nach Kriegsende trat Karol Roth Ende 1945 in die Kommunistische Partei ein. Aber im September 1951 hat ihn die Staatssicherheit verhaftet. Roth verbrachte 18 Monate er im berüchtigten Gefängnis in Ruzyně, davon ein Jahr in Einzelhaft. Als er 1954 ein Jahr nach dem Tod Stalins und des tschechoslowakischen Präsidenten Klement Gottwald entlassen wurde, hatte Roth über 30 Kilo Gewicht verloren und war gesundheitlich schwer angeschlagen. Er hat sich davon nie wirklich erholt und wurde erst 1968 offiziell rehabilitiert. Damals habe er auch eine finanzielle Entschädigung erhalten, sagt Tanja.

Schwerer Schlag

Die Verhaftung Karols war für Eva mit ihren zwei kleinen Kindern ein schwerer Schlag. Wegen ihrer guten Kenntnisse der Sprache hat sie nach Kriegsende zunächst in Ružomberok und nach dem Umzug der Familie nach Bratislava auch dort als Russisch-Lehrerin gearbeitet. Damit konnte sie zumindest für kurze Zeit ihren Traum aus dem Tagebuch verwirklichen. Nach der Verhaftung ihres Mannes hatte sie diese Stelle sofort verloren und musste die Wohnung innerhalb von zwei Wochen räumen. Eva ging mit den Kindern zurück in ihre Geburtsstadt und kam bei den Eltern unter. Die Nähe von Tanja und Vlado zu älteren Angehörigen war daher auch ein direktes Ergebnis der Verfolgung des Vaters. Eva durfte fortan nicht mehr unterrichten. Sie war die Ehefrau eines Staatsfeindes.

Diese Schicksale und Geschichten kamen bei dem Besuch in Akron erneut auf. Roth blieb ganz selbstverständlich stolz auf das Stehvermögen und die Leistungen seiner Familie. Dies gilt nicht zuletzt für den in Ungarn geborenen Rabbiner Moshe Arye Roth (1845–1906). Dieser publizierte 1904 mit dem Aufsatz «Der Zionismus vom Standpunkt der jüdischen Orthodoxie» ein in seiner Glaubensrichtung damals seltenes Plädoyer für die jüdische Nationalbewegung und hatte im Jahr zuvor am sechsten Zionistenkongress in Basel teilgenommen. Vlado Roth hat gelächelt, als er eine Weisheit des Vorfahren zum Besten gab: «Lieber ein Jude ohne Bart als ein Bart ohne Juden.»

Andreas Mink ist US-Korrespondent der JM Jüdische Medien AG und lebt im Umland von New York City.

Der neue *tachles*-Podcast «Echo in die Zukunft» ruft die prägnantesten jüdischen Denkerinnen und Denker seit der Schoah bis heute in Erinnerung. Von *Yves Kugelman*

Zeitlos aktuell

«Demokratie ist ja keineswegs eine selbstverständliche Regierungsform. Sie ist ein Ausnahmefall in der Menschheitsgeschichte und eine besondere Er rungenschaft einer bestimmten Entwicklung, der wir uns jetzt erfreuen. Das ist etwas, was wir uns wieder verschern können, wenn die Freiheit sich nicht selber Grenzen setzt», warnte der Philosoph Hans Jonas im Jahre 1992 und könnte unsere Gegenwart nicht treffender beschreiben. Der neue Podcast «Echo in die Zukunft» justiert die Gegenwart und formiert die Zukunft mit Stimmen von einst, die viel weiter als heute gedacht haben. Jüdische Denkerinnen und Denker, von denen viele die Schoah erlebt haben und von denen viele zu den Pionieren der Demokratieförderung gehören: Stimmen wie jene des jüdischen Religionshistorikers Gershom Scholem, der 1981 in Berlin konstatierte: «Wenn die Juden Juden sein wollen, wird der Staat Israel sich halten» und so mitten in die aktuelle Debatte um die Definition des jüdischen Staates trifft.

Neues Bewusstsein

Der neue Geschichtspodcast vereint neu kuratiertes Archivmaterial des Berliner Radiojournalisten David Dambitsch. Neu aufbereitet und geschnitten zeugen die Gespräche in der Zeit von 1981 bis in die Gegenwart von einer Kontinuität jüdischen Denkens in Europa, Amerika, Israel und darüber hinaus. Viele der aktuellen Fragen rund um Israel, Judentum, Antisemitismus oder zu vielen gesellschaftspolitischen Fragen finden ihre Substanz in den Jahrzehnten nach Kriegsende und sind heute zu sehr aus dem Bewusstsein nicht nur der jüdischen Gemeinschaften gerückt worden. Das war Ausgangspunkt für die intensive Archivrecherche, die Digitalisierung und

neue Inszenierung der Gespräche. Dambitsch hat seit den 1980er Jahren für den Westberliner Rundfunksender RIAS Interviews geführt und arbeitet heute für den Deutschlandfunk. Mit feinem Gespür für Menschen und Themen hat er einen Kanon von ineinandergreifenden Stimmen und Gedanken geschaffen, der in der verkärten Retrospektive gemeinhin als gleichstimmiger Chor wahrgenommen wird. Doch effektiv zeigt sich eine Bandbreite von philosophischem, politischem und kulturellem Denken, das die modernen Demokratien substanziell geprägt hat, etwa, wenn Madeleine Albright, Simon Wiesenthal, Elie Wiesel, Imre Kertész, Hans Sahl, Jessica Durlacher oder jüngst Deborah Lipstadt in die Fragen zur aktuellen Zeit und ihres Lebens eintauchen.

Anmerkung zur Moderne

Das Material widerspiegelt die Anfänge der in den 1980er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland einsetzenden, erstmals auf vielfältige gesellschaftliche Gruppen bezogene Aufarbeitung der Geschehnisse während der Schoah, den Blick auf die neuen jüdischen Gemeinden in Europa und gesellschaftspolitische Entwicklungen. Die scharfen Analysen,

Gershom Scholem, Deborah Lipstadt, Jessica Durlacher, Simon Wiesenthal, Imre Kertész, Madeleine Albright, Elie Wiesel (v.o.l.) und viele mehr bilden die Stimmen des neuen Podcasts.

fundierten Gedanken und die Substanz der Beobachtungen präsentieren sich als zeitlos relevante Anmerkungen zur Moderne, mit vielen Antworten für die Fragestellungen der Gegenwart.

Die erste Staffel des Podcasts startet mit einem Einführungsgespräch mit David Dambitsch zu Entstehung und Archivrecherche, gefolgt von einem Gespräch mit Gershom Scholem. Der Podcast erscheint alle zwei Wochen.

Der Podcast «Echo in die Zukunft» findet sich auf www.tachles.ch, Spotify, iTunes und allen gängigen Plattformen.

Yves Kugelman ist Chefredaktor und Herausgeber der JM Jüdische Medien AG.



01.10.24–30.11.24

AUSSTELLUNGEN

Frankfurt

**Im Angesicht des Todes.
Blicke auf das Lebensende**

Die erste kulturgeschichtliche Ausstellung über jüdische Vorstellungen und Praktiken rund um Sterben, Tod und Trauer. Sie präsentiert rituelle Gegenstände, Audio- und Videoinstallationen sowie künstlerische Arbeiten und lenkt den Blick auf das Leben selbst.

Jüdisches Museum Frankfurt,
Bertha-Pappenheim-Platz 1,
60311 Frankfurt am Main.
www.juedischesmuseum.de
Sonntags geschlossen.
1. November bis 6. Juli 2025.

Hohenems

**Yalla. Arabisch-jüdische
Berührungen**

Die Jahrhunderte alte Berührungsgeschichte der zwei Lebenswelten ist widersprüchlich. Die Ausstellung zeigt das jüdische Leben unter islamischer Herrschaft heute, auf der Iberischen Halbinsel, im Osmanischen Reich oder unter europäischen Kolonialinteressen. Sieben jüdische KünstlerInnen mit arabischen Wurzeln gehen jüdischen Identitäten nach, historische Schlüsselmomente werden aufgezeigt.

Jüdisches Museum Hohenems,
Villa Heimann-Rosental,
Schweizer Strasse 5,

6845 Hohenems.
www.jm-hohenems.at
Montags geschlossen.
Bis 24. August 2025.

New York

**Between Antisemitism
and Activism**

Aus gegebenem Anlass rollt die Institution die Erfahrungen von Studierenden jüdischer Herkunft an amerikanischen und europäischen Universitäten seit den 1920er Jahren und damit einer Epoche strikter Restriktionen und Vorurteile auf.

Center for Jewish History,
15 West 16th Street,
New York, NY 10011.
www.cjh.org
Samstags geschlossen.
Bis 31. Dezember.

Shifting Landscapes

Grossangelegte Ausstellung zur Auseinandersetzung prominenter und weniger bekannter Kunstschafter mit Landschaftsmalerei nach 1960. Die rund 120 Werke von Jean-Michel Basquiat oder Gordon Matta-Clark stammen aus der Whitney-Sammlung und werden meist erstmals öffentlich gezeigt.

Whitney Museum
of American Art,
99 Gansevoort Street,
New York, NY 10014.
www.whitney.org
Täglich geöffnet.
1. November bis Januar 2025.

**Draw Them In, Paint Them
Out: Trenton Doyle Hancock
Confronts Philip Guston**

Der britische Künstler Trenton Doyle Hancock beschäftigt sich seit gut einem Jahrzehnt mit dem Werk des bedeutenden jüdisch-amerikanischen Malers Philip Guston (1913–1980) und geht damit Rassismus und Antisemitismus an.

The Jewish Museum,
1105 5th Avenue,
New York, NY 10128.
www.thejewishmuseum.org
Mittwochs geschlossen.
8. November bis 30. März 2025.

**Robert Frank's
Scrapbook Footage**

Kenner wissen, dass der bedeutende Fotograf Robert Frank auch mit dem Medium Film gearbeitet hat. Das MoMA bietet nun parallel zu einer grossen Ausstellung mit Fotografien des 2019 verstorbenen Schweizer eine reiche Auswahl von Clips aus seinen Filmen. Diese zeigen unter anderem etwa Dichter der Beat-Generation und die Rolling Stones, aber auch Reiseaufnahmen sowie von ihm an seinem Wohnsitz in Nova Scotia gedrehte Szenen.

The Museum of Modern Art,
11 West 53 Street,
New York, NY 10019.
www.moma.org
Täglich geöffnet.
Bis März 2025.

Wien

**Die Dritte Generation. Der
Holocaust im familiären
Gedächtnis**

Ausgehend von einer Annäherung, was es bedeuten kann, der Dritten Generation anzugehören, und der Dimension des



Szene aus der Ausstellung «Die Dritte Generation» im Jüdischen Museum Wien.

Traumas im Familiengedächtnis erkundet die Ausstellung 80 Jahre nach der Schoah verschiedene Strategien der Bewältigung und Auseinandersetzung mit dem Erbe des Holocaust und deren unterschiedliche Facetten.

Jüdisches Museum Wien,
Dorotheergasse 11,
1010 Wien.
www.jmw.at
Samstags geschlossen.
Bis 16. März 2025.

aufbau

Herausgeber

JM Jüdische Medien AG
Postfach 1852, CH-8027 Zürich.
www.aufbau.eu

Redaktion

JM Jüdische Medien AG
Yves Kugelman,
Andreas Mink
Telefon: +41 44 206 42 00
Fax: +41 44 206 42 10
E-Mail: redaktion@aufbau.eu

Verlag Anzeigen

Telefon: +41 44 206 42 11
Fax: +41 44 206 42 10
E-Mail: verlag@aufbau.eu

Abonnements

Inland: 0800 849 100
(Gratisnummer)
Ausland: +41 41 349 17 64
Fax: +41 41 349 17 18
E-Mail: abo@aufbau.eu

Preise Jahresabonnement

Europa: CHF 58.–
USA + Israel: CHF 64.–
Schweiz: CHF 48.–

E-Paper

Der aufbau ist auch als E-Paper erhältlich auf www.aufbau.eu zum Preis von CHF 40.–

Für unverlangte Einsendungen wird vom Verlag keine Haftung übernommen. Jeglicher Nachdruck oder digitale Nutzung von Texten, Fotos oder Inseraten ist nicht erlaubt.

**Redaktions- und
Inserateschluss für
die Dezember/Januar-
Ausgabe aufbau Nr. 6/2024
zum Schwerpunktthema
«Carte Blanche»:
22. November 2024**

מגעיים ערביים - יהודיים

Yalla.

Arabisch-jüdische Berührungen

التقاء عربي يهودي

29. September 2024 — 24. August 2025

Jüdisches Museum Hohenems | Villa Heimann-Rosenthal, Schweizer Str. 5, 6845 Hohenems | Öffnungszeiten Museum & Café:
Di bis So & feiertags 10–17 Uhr | www.jm-hohenems.at

Collini

ZukunftsFonds
der Republik Österreich

vkW
Energie für Generationen

Dornbirner
SPARKASSE

TECTUM
Spengler | Bauwerkabdichtung

VEM
Vorarlberger
Elektro- und Metallindustrie

DIE INDUSTRIE
WKOT
Wirtschaftskammer Österreich
DIE INDUSTRIE

NEULICHT
Lighting solutions

DR. JOHANNES HÄUSLER
ÖFFENTLICH NOTAR

Achleitner
Bauunternehmen

DORNBIRN

Xustenu

GEMEINDE ALTACH

BREGENZ

STADT
FELDKIRCH

bludenz
Die Alpenstadt

HOHEN
EMS
Hohenems

Vorarlberg
Vorarlberg

Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

Bundesministerium
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

dt club

WIRTSCHAFTS
KAMMER
Vorarlberg